

# Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung  
 der Freien Stadt Danzig  
 Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 20.— Mk., vierteljährlich 60.— Mk.  
 Redaktion: Am Spandhays 6. — Telefon 720

Einzelpreis: Die Doppelseite 2.— Mk., von auswärts 7.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegenheiten nach bes. Tarif, die Doppelseite 16.— Mk., von auswärts 20.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postsekretariat Danzig 2946. Expedition: Am Spandhays 6. — Telefon 8790.

Nr. 143

Mittwoch, den 21. Juni 1922

13. Jahrgang

## Deutsch-monarchistischer Flaggenrummel.

Danzigs Bürgertum stand für einige Tage unter dem Banner der schwarzweißroten Monarchistenflagge. Als am Sonnabend der „Columbus“ vom Stapel lief, wehte neben dem Sternenbanner der nordamerikanischen Republik die Fahne des ehemaligen Kaiserreiches. Und die Tochter des Werftbesizers Carlson, eines Schweden, sang bei der Landung ein Loblied auf die Farben des Kaiserreiches, was von den monarchistischen „Danziger Neuesten Nachrichten“ mit besonderer Wärme vermerkt wurde. Dasselbe Organ, das in seinem lokalen Teil die Politik der Deutschen Partei vertritt, während in seinem politischen Teil den Lesern rein deutschnationale Kost vorgesetzt wird, berichtet dann einige Tage später mit besonderem Behagen, daß irgendwo in Amerika eine deutsche Kolonie sich gewagt habe, die schwarzrotgoldenen Farben anzuerkennen, und vom deutschen Konsul die Hissung der schwarzweißroten Fahne verlangt habe. Damit ist nach dem halb deutschnationalen, halb deutschfortschrittlichen Organ wieder einmal bewiesen, daß die ganzen Auslandsdeutschen nur Verlangen nach der schwarzweißroten Flagge haben und darüber hinaus Anhänger der Monarchie sind. Denn das ist der Zweck des ganzen schwarzweißroten Fahnenrummels. Der Ruf: Fort mit dem schwarzrotgoldenen Judenlappen, wie einige Deutschnationale die neue deutsche Fahne so geschmackvoll titulierten, ist ein Kriegsruf gegen die Republik. Und wenn der Schwede Carlson, der aus deutschen Arbeiterknochen seine Millionen herausgepreßt hat, auf seiner Werft die schwarzweißroten Fahnen aufziehen läßt, so will er damit seiner Sehnsucht nach dem Kaiserreich Ausdruck geben, wo seine Arbeiterkraft völlig rechtlos die Sklavenarbeit auf seiner Werft verrichten mußten. Die „Danziger Neuesten Nachrichten“ aber waren seit jeher das Organ der ostdeutschen Schwerindustriellen und vertreten deren reaktionäre Politik auch unentwegt weiter, wenn sie sich im lokalen Teil auch manchmal einen volksfreundlichen Anschein geben müssen, um die Leser nicht ganz vor den Kopf zu stoßen.

Im übrigen ist es arger Schwindel, wenn die „D. N.“ es so hinstellen, als wenn die gesamten Auslandsdeutschen nur nach schwarzweißroten Fahnen lechzen. Viele Deutschamerikaner sind Nachkommen der Achtundvierziger, die nach dem Scheitern der damaligen Revolution nach Amerika ausgewandert und dort, wie z. B. Karl Schurz hervorragende Vorkämpfer für den demokratisch-republikanischen Gedanken waren. Und die Deutsch-Amerikaner waren auch während des Krieges durchaus keine begeisterten Freunde des deutschen Militarismus und des Cäsarentums Wilhelms II. Wenn heute irgendwo im Auslande einige Deutsche aber für die Monarchistenflagge demonstrieren, so sind es eben einige deutschnationale Großkaufleute und von ihnen abhängige Mameluken.

Nichts ist törichter, als wenn die Deutschnationalen die schwarzrotgoldene Fahne als „Juden- und Revolutionsflagge“ beschimpfen. Schwarzrotgold waren die Farben, für die die besten Männer des deutschen Volkes in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts stritten. Die Deutsche Nationalversammlung, der Männer wie Ludwig Uhland und Wilhelm Jordan angehörten, erhob sie zu den Farben des erhofften neuen Deutschlands. Deutsche Dichter wie Fritz Reuter und Winkel wurden von der preussischen Justiz ins Gefängnis geworfen, weil sie für die schwarzrotgoldenen Fahnen öffentlich eingetreten waren. Die deutsche Bürgerschaft vor hundert Jahren, in der ein anderer Geist lebte als in dem heutigen reaktionären Korpsstudententum, trug damals stolz die schwarzrotgoldenen Fahnen, die das Banner aller heranzienenden waren, die das einige und freie Deutschland erstrebten.

Bismarcks schwarzweißrote Fahne war ein reines Verlegenheitsprodukt. Der alte Wilhelm, der ja überhaupt nichts von einem einigen Deutschen Reich wissen wollte, wollte nach der Reichsgründung auch als Reichsfahne die schwarzweißen Preußenfarben haben. Das konnte Bismarck aber den süddeutschen Staaten, die vom Preußentum nicht sehr erbaut waren, nicht antun und fügte deshalb den preussischen Farben noch das Rot an. Dem alten Wilhelm machte er die Sache dadurch schmachhaft, daß er diesem erzählte, die neue Reichsfahne setze sich zusammen aus dem Schwarzweiß Preußens und dem Weißrot Kurbrandenburgs.

Für die große Mehrzahl des deutschen Volkes ist die Fahnenfrage mit der Einführung der alten deutschen schwarzrotgoldenen Farben erledigt. Mögen die

Großkapitalisten Carlson u. Co. weiter die kaiserlichen Fahnen hissen, mögen ihre Organe, wie die „D. N.“, für diese Farben auch weiterhin Propaganda machen und mag schließlich auch der hiesige deutschnationale Senat ausgerechnet zu Ehren der Arbeitersportler auf dem Heinrich-Platz die kaiserlichen Farben hissen, die Danziger Arbeiterschaft lehnt den schwarzweißroten Flaggenrummel ab, auch wenn sie durch die Abtrennung Danzigs vom Mutterlande nicht direkt an der Flaggenfrage interessiert ist. Im Kampfe für die schwarzrotgoldene Fahne und deren Anerkennung auch im deutschnationalen Danzig wird sie ihren Mann stehen, weil der Kampf für diese Farben ein Kampf für den republikanischen Gedanken geworden ist.

## Die bolschewistische Justizkomödie.

Der „D. Z.“ wird aus Riga gemeldet: Nach der Niederlegung der Verteidigung der Sozialrevolutionäre durch die ausländischen Anwälte im Moskauer Prozeß wurde eine außerordentliche Sitzung des Rates der Volkskommissare und des Präsidiums des Allrussischen Sowjetrates mit Hinzuziehung der in Moskau anwesenden ausländischen Sowjetvertreter abgehalten. In der Sitzung wurden vom Volkskommissar für Justiz Kurksy ershöpfend Auskünfte über den Prozeß verlangt. Kurksy erklärte darauf, daß die Gesuche der Verteidiger nicht vom Justiz-Kommissariat, sondern von dem durch den Volksgewalt selber ernannten Tribunal abschlägig beschieden worden seien.

Hierauf erhob sich einer der Volkskommissare, der gleichzeitig Vertreter Sowjetrußlands in einem der größten europäischen Staaten ist, und gab eine aufsehenerregende Erklärung ab. Er verlangte eine Erledigung des Konfliktes mit den Verteidigern, der ausschließlich durch kommunistische Unbulsamkeit hervorgerufen worden sei, da dieser Konflikt die öffentliche Meinung Europas in einer Weise erregte, die gerade jetzt während der Verhandlungen Sowjetrußlands mit mehreren europäischen Staaten peinlich sei. Er wies darauf hin, daß die Leiter der ausländischen Missionen Sowjetrußlands nicht nur mit der offiziellen Politik der Staaten, bei denen sie akkreditiert sind, sondern auch mit der Meinung der sozialistischen Parteien dort und der Demokratie überhaupt rechnen müßten, besonders in Ländern, wo die sozialistische Presse eine Macht habe und wo Sozialisten in der Regierung sitzen, könnten die Sowjetvertreter in die Lage kommen, Erklärungen abzugeben, die für Sowjetrußland sehr unangenehm wären.

Nach dem Bekanntwerden des Rücktritts der Verteidiger kam es in mehreren Moskauer Fabriken zu Arbeiterversammlungen und zu Straßendemonstrationen gegen das Gericht, die durch herrschende Miliz zerstreut wurden.

## Beschlüsse der 2. Internationale.

Die in London vor einigen Tagen stattgefundenen Konferenzen der Zweiten Internationale nahmen vor Beendigung ihrer Verhandlungen folgende Entschlüsse an:

1. Angesichts des Mangels an Treue und Glau ben seitens der Dritten Internationale, die die internationale Gewerkschaftsbewegung zerriß, die sozialistische Internationale angriff, die auf der Berliner Konferenz bezüglich der politischen Prozesse in Moskau gegebenen Zusagen brach, und das bedingungslose Versprechen, die Dokumente über Georgien einem Delegiertenausschuß vorzulegen, zurückzuziehen, kann die Konferenz nicht länger an den Bemühungen teilnehmen, mit der Dritten Internationale zu einem internationalen Abkommen zu gelangen.

2. Eine allgemeine Konferenz der sozialistischen und Arbeiterparteien tritt im Oktober in Hamburg zusammen, um die Wiederherstellung internationaler Gesichtspunkte zu erwägen, welche in der Angelegenheit des europäischen politischen und ökonomischen Aufbaues die sozialistischen und Arbeiterparteien zu einigen geeignet sind.

3. Die Konferenz verpflichtet sich zur Unterstützung der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationalen bei ihrer Verteidigung der Arbeit gegen den Kapitalismus.

Zuletzt nahm die Konferenz noch eine von Witbout (Holland) eingebrachte und von Otto Wels (Deutsch-

land) unterstützte Entschließung an, die die Notwendigkeit betonte, die Organisation des Arbeiterbundes zu stärken, um die Abwicklung zu erleichtern und die internationale Verteilung der Rohstoffe und der zum Leben notwendigen Waren zu organisieren.

## Die polnische Regierungskrise noch nicht behoben

Infolge der Opposition der Linksparteien und gewisser Einwendungen seitens der Volkspartei hat Przanowski auf sein Mandat verzichtet, das neue Kabinett zu bilden. Heute findet eine Sitzung des Hauptauschusses statt, in welcher die Frage der Ablehnung der Kabinettsbildung seitens Przanowskis und eventuelle Designierung eines neuen Ministerpräsidenten erörtert wird.

„Kurjer Polski“ führt in einem Artikel aus, daß zwischen den Teilgebieten Polens noch wenig Verständnis bestehe. Polen habe z. B. erklärt, mögen die Kongresspolen erst Zivilisation annehmen, ehe sie Polen und Westpreußen überfluten. Goffentlich geht es mit Oberschlesien anders. Bringen wir Verständnis für Oberschlesiens Europäertum, Wohlstand und Sauberkeit auf.

## Der Friedenskongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes tagte vom 8. bis 10. Juni in Amsterdam. Der Hauptzweck der Zusammenkunft war, dem Beschluß des römischen Gewerkschaftskongresses, eine energische Aktion gegen den Krieg einzuleiten, praktische Wirkung zu geben. So wurde ein großer Teil der letzten Tagung der Prüfung der diebzuglichen Vorschläge gewidmet. Am Ende der Aussprache wurde beschlossen, im Anfang des kommenden Dezembers einen Weltkongreß gegen den Krieg nach Amsterdam einzuberufen. Zu dieser Tagung werden nicht nur die dem Bund angeschlossenen Organisationen eingeladen, sondern alle Arbeitervereinigungen, ganz gleich, welcher politischen und geistigen Richtung, auch die pazifistischen Körperschaften. Von den Teilnehmern wird als Zulassungsbedingung verlangt, das Problem auf der Grundlage der Entschliessung des Kongresses von Rom zu erörtern.

Weiter hat das Bureau beschlossen, einen besonderen Fonds zur Deckung der Kosten des Weltkongresses zu schaffen. Zu diesem Zweck wird zunächst eine internationale Friedensmarke herausgegeben, die einen freiwilligen Beitrag der organisierten Arbeiter darstellt. Immerhin wird von den Gewerkschaftsmitgliedern verlangt, daß sie den Lohn einer halben Stunde für den Kampf gegen den Krieg opfern. Ein internationaler Wettbewerb wird für die Zeichnung dieser Friedensmarke ausgeschrieben werden. Im übrigen ist beschlossen, daß der Gewerkschaftsbund eine Vertretung zu dem 22. Weltfriedenskongreß, der vom 25. bis 29. Juli in London tagt, entsendet. Der Austausch von Gewerkschaftsmitgliedern, der längst als notwendig empfunden wurde, soll nunmehr auch durchgeführt werden. Es ist geplant, einen Austausch von Genossen der verschiedenen Bundesorganisationen vorzunehmen, die sich mit den Leitern der gewerkschaftlichen Einrichtungen, der Sprache der betreffenden Länder usw. vertraut machen, um dann die Eindrücke in der Heimat praktisch zu verwerten. Daß aus einer solchen Einrichtung eine weitgehende Förderung des internationalen Gedankens hervorgeht, ist zweifellos.

Nach dem bei der Zusammenkunft des Amsterdamer Bureaus erstatteten Bericht über die Hilfe des Bundes für Rußland geht hervor, daß noch genügend Lebensmittel vorrätig sind, um die unter Obhut genommenen 42 000 Kinder und die seit dem 1. Januar unterstützten 50 000 Erwachsenen bis zum 1. September zu ernähren. Der Bundesvorsitzende beabsichtigt, mit der sowjetrussischen Regierung über die Verteilung von Lebensmitteln und Kleidern in verschiedenen Gebieten zu verhandeln.

Gelegentlich des Baseler Kongresses der Internationale der Kooperativen Genossenschaften wurde von dieser der Wunsch nach Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsinternationalen ausgedrückt. Damit ist das Bureau einverstanden. Das Sekretariat wurde beauftragt, den Tag und die Tagesordnung für eine gemeinsame Konferenz festzusetzen. Eine weitere Zusammenkunft soll Vorzüge für einen Kongreß der Lehrkräfte aller Länder treffen. Nach einem nachdrücklichen Protest gegen die Saumseltigkeit der italienischen Regierung den Faschistenbanden gegenüber wurde gemäß dem von dem Kongreß von Rom erhaltenen Auftrag eine Untersuchung der dem Bunde angeschlossenen Arbeiterinnenorganisationen beschlossen.

Die Uebergabe des russischen Postkastengebäudes an die Sowjetregierung in Berlin ist noch nicht erfolgt. Der deutschen Regierung stehen in Moskau die drei von ihr besetzten Gebäude weiter zur Verfügung, solange, bis die deutsche Botschaft in Petersburg von der Sowjetregierung wiederhergestellt worden ist.

# 11. Deutscher Gewerkschaftskongress

Nach den von uns gestern gemeldeten Nachrichten sprechen und der Wahl des Bureau's, in welches mit großer Mehrheit die Gewerkschaften, Arbeiter und Bauern zu wählen wurden, gab der Kongress des ADGB, dessen Vorsitz der Reichsverband der Eisenbahner, den er mit einem Abschiedsgruß an die teilnehmenden Delegierten übergab. Hiernächst ist es einigstimmig im ADGB, die zum Vorkampfe vorzuziehen, beim Offensivkämpfe soll das Klassenbewußtsein verloren zu gehen, und die zum Abwehren ein Mißtrauen auszusprechen. Es sei zu fragen, wie es vorher mit der Solidarität der Beamten gegenüber den Arbeitern gewesen sei. Der Vorstand und das Mandat, das ihm der ADGB, angeboten habe, abgelehnt. Es wurde dann versucht, zwischen den Eisenbahner- und Beamtenbündnis und denen des ADGB, ein Bündnis abzuschließen. Auch das hat die Delegiertenorganisation abgelehnt. Dann ist der Streik gekommen, der proklamiert wurde, ohne daß die Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft wurden. Ein Eisenbahnerstreik ist nicht mit einem anderen Streik zu vergleichen. Seine Folgen für die ganze Arbeiterschaft sind so schwer, daß der Bundesvorstand glaubte vermittler zu sein, zu sagen, daß die Eisenbahner den Streik nur als letztes Mittel anwenden dürfen. Die Eisenbahner haben durch diesen Streik ihr Streikrecht geübt, das der Gewerkschaftsbund schützen werde. Seine Maßnahmen ist erfolgt in vollem Einverständnis mit den bei ihm organisierten Eisenbahnern. Der Vorstand hat nur seine Pflicht getan. Dennoch müsse er die Verantwortlichkeit auf sich nehmen, Verhandlung zu setzen für die Lage, in der sich die Arbeiter und Beamten befinden. Die meisten seiner Vorschläge zur Schaffung einer Besserung sind abgelehnt worden. Darum gibt es für die Arbeiterschaft kein anderes Mittel, als auf der tatsächlichen Not und nicht auf Uebermut heraus immer neue Lohnforderungen zu stellen. Trotz aller Lohnerböhen hat sich die Lage der Arbeiterklasse immer mehr verschlechtert. Man empfiehlt eine Verkürzung der Arbeitszeit zur Besserung der wirtschaftlichen Lage. Alle Anstrengungen und Angriffe gegen den Achtstundentag in Deutschland müssen von dieser Stelle aus ganz energisch zurückgewiesen werden. Feindstimmen auch Sozialdemokraten in das Schlagwort von der schamlosen Anwendung des Achtstundentages und in das Postulat auf die verlängerte Arbeitszeit ein. Zu ihrer Entschuldigendung müßte gesagt sein, daß es immer Arbeiter gegeben hat, die längere Arbeitszeit für besser, weil sie dadurch mehr Geld verdienen. Das ist Mangel an Verständnis für die Interessen der Arbeiterklasse. Die Landarbeiter, Eisenbahner und andere würden befunden, daß es einen schamlosen Achtstundentag in Deutschland nicht gibt. Er besteht nur in dem Kopf jener, die erbost sind über die Ermüdenheit der Arbeiter, an der sich nicht rütteln lassen.

### Hände weg vom Achtstundentag!

Die Gewerkschaften sind eingetreten für die Erfüllungsvollst. Aber sie sind nicht gewillt, die sozialen Forderungen zurückzustellen im Interesse dieser Vollst. Wenn sich erweise, daß Deutschland bei Aufrechterhaltung des Achtstundentages die Reparationsverpflichtungen nicht erfüllen könne, dann müßten eben diese herabgemindert werden. Dem Achtstundentag drohe auf dem Umwege über die Verlängerung der vereinbarten 48-Stunden-Woche ernste Gefahr. Die Arbeiter dürfen auf keinen Fall im Interesse eines früheren Sonnabend-Freierabends an den übrigen Wochentagen länger als acht Stunden arbeiten.

Leipziger geht dann auf die Vorwürfe bezüglich der zehn Punkte ein und stellt fest, daß in dem Vorwurf eine gewisse Anerkennung liegt, die ein hartes Vertrauen zur sachlichen Überlegung des Bundes befinde. Auch der neue Bundesvorstand dürfe nur solche sachlich begründeten durchführbaren Forderungen aufstellen. Die zehn Punkte sind ein Programm, das nicht auf dem Papier stehen bleiben dürfe. Sie sind die notwendige Antwort auf das Kreditangebot der Industrie und auf deren Forderung nach der Privatfizierung der Eisenbahn und der übrigen Reichsbetriebe. In dieser Beziehung haben die zehn Punkte einen Erfolg gehabt; der Vorstoß der Industrie ist abgelehnt. Für die Gewerkschaften ist die Forderung nach Zentralisierung kein Schlagwort.

Die Gewerkschaften sind bereit, sich mit den politischen Forderungen zu befassen. Sie haben aber keineswegs die Absicht, die politischen Forderungen zu erfüllen. Die Gewerkschaften werden auf die politischen Forderungen nicht eingehen. Das ist aber nur in dem Maße, wie die Gewerkschaften mit den politischen Forderungen übereinstimmen. Die Gewerkschaften werden die politischen Forderungen nicht erfüllen, sondern sie werden die politischen Forderungen nur in dem Maße, wie die Gewerkschaften mit den politischen Forderungen übereinstimmen. Die Gewerkschaften werden die politischen Forderungen nicht erfüllen, sondern sie werden die politischen Forderungen nur in dem Maße, wie die Gewerkschaften mit den politischen Forderungen übereinstimmen.

### „Es lebe der Rachekrieg!“

Nationalistische Völkergasse in München. Freudenstraßen melbet die „Deutsche Zeitung“ über eine Verammlung des Nordbundes gegen die schwarze Schmach, die in München (wo auch sonst) stattfand, folgendes:

Immer wieder unterbrochen die Redner brausende Rufe wie: Nieder mit der französischen Schurkennation! Nieder mit der Regierung! Wir sind nicht mit Frankreich! Als ein Redner darauf hinwies, daß die Franzosen in Gmüsch das Gasthaus „Zur Reichsflagge“ in ein Bordell umwandeln, wurde wiederholt gerufen: Die schwarze Fahne gehört hoch! hoch!

Nach Schluß der Versammlung suchten die Teilnehmer vor dem Hotel „Vier Jahreszeiten“, dem Sitz der Interalliierten Kommission, zu demonstrieren. Die Polizei hinderte sie nur scheinbar daran, die „Deutsche Ztg.“ melbet nämlich:

„Die Polizeidirektion hatte aus allen Teilen Münchens grüne Polizei herangezogen, die in 20 Lastautos herbeieilte, um die Straßen nach dem Hotel zu sperren. Allein die Ketten der Schupstele wurden immer wieder durchbrochen und man sah, daß die Polizei Verstandnis für den Zweck der Demonstration hatte. Vor dem Hotel „Vier Jahreszeiten“ erreichten die frankreichfeindlichen Kundgebungen ihren Höhepunkt. Die Menge machte hier einen ohrenbetäubenden Tumult und wollte in das Hotel eindringen, wobei es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam, und mehrere Demonstranten mit Gummiknüppeln blutig geschlagen wurden.“

Die „Deutsche Ztg.“ kündigt schließlich an, daß bereit „gegen Frankreich gerichtete Kundgebungen“ wie derholt werden sollen. Daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit die Fensterketten bezahlen muß, die hier von einer politisch durch und durch unreifen Gesellschaft eingeworfen werden, macht dem „nationalen“ Blatt keine Sorgen.

### Die Udeutschen gegen den Kronprinzen.

Mit tränendem Auge nehmen die „Udeutschen Blätter“ Abschied von der Dynastie Hohenzollern. Von dem Alten hatten sie sowieso nie viel gehalten und erklären auch jetzt:

„Wir erkannten in dem entscheidenden Geschehen die Folgen der Regierungsweise des letzten Kaisers, also die Wirkungen persönlichen Versagens.“

Nun aber hat sie auch der Junge enttäuscht, der Kronprinz Wilhelm, auf den die Udeutschen einst „so viel Hoffnungen“ gesetzt hatten. Das „Kronprinzenbuch“ geht den Udeutschen durchaus wider den Strich, einmal, weil sich der Kronprinz als Mitarbeiter „einen Volkssprecher in Gestalt des Juden

Carl Rosner auslieferte“, sodann weil in dem Buch der Satz steht, es komme nicht darauf an, ob einer Christ oder Jude, sondern ob einer ein guter Deutscher sei. Dazu leuzen die „Udeutschen Blätter“:

„Es ist unmöglich, auf diese Art erfahren zu können, daß der gewesene Kronerbe, der sich einst zu völliger Aufklärung bekannte, sich zu einer Auffassung zurückentwickelt hat, die den einfachsten Grundsätzen der Klassenlehre widerstreicht.“

Schließlich beklagen die Udeutschen noch, daß der Kronprinz ein Bekenntnis zur liberal-parlamentarischen Staatsform, also „einer für Deutschland unmöglichen Staatsform“ ablegte. Das könne nur Vertirung stiften.

So stehen denn die Monarchisten ohne Monarchen da und hoffen nur am Schluß des Artikels auf den lieben Gott, daß er ihnen bald wieder einen „richtigen“ Hohenzollern bescheren möge. Wenn er es nun aber nicht tut?

### Die neuen Beamtenbesoldungsverhandlungen im Reich.

Ueber die gestrigen Beamtenbesoldungsverhandlungen im Reichsfinanzministerium melden die Blätter, daß bei beiden Parteien darüber Einigkeit bestand, entsprechend dem Anwachsen der Indizes die Bezüge um etwa 24 Prozent zu steigern. Der Vertreter der Regierung erklärte aber, daß die Gewährung der Aufbesserung von der Annahme des Arbeitszeitgesetzes durch die Gewerkschaften abhängig gemacht werde. Die gewerkschaftlichen Vertreter lehnten dies ab und auf ihren Wunsch wurde die Sitzung unterbrochen. Die Spitzenorganisationen werden heute über das Verlangen der Regierung gemeinsam beraten. Wie mehrere Blätter mitteilen, soll sich die Mehraufwendung aus der neuen Besoldungs- und Vohnerhöhung auf etwa 80 Milliarden Mark belaufen.

### Die nächsten Arbeiten des Reichstages.

Der Aeltestenrat des Reichstages beschloß gestern in einer Sitzung, die in Gegenwart des Reichskanzlers abgehalten wurde, auf die heutige Tagesordnung des Plenums das Wiesbadener Abkommen und das Weimaran-Abkommen zu setzen und in Verbindung damit die 5 Interpellationen, die sich auf die Verhandlungen mit der Reparationskommission und auf die besetzten Gebiete beziehen, sowie auch die verschiedenen dem Reichstage zugegangenen Denkschriften über diese Fragen mitzubehandeln. Außerdem wird der Reichstag nicht am 28. 6. schließen, sondern am 2. 7. nochmals zusammentreten.

### Ämliches Bulletin über das Befinden Lenins.

Von der Sowjetregierung wird folgendes von den deutschen Professoren Klemmer und Kramer und drei russischen Ärzten unterzeichnete Bulletin über das Befinden Lenins veröffentlicht: Die Erkrankungs-symptome im Darmkanal des Patienten, die zehn Tage lang zu beobachten waren, sind gegenwärtig verschwunden. Alle inneren Organe sind vollkommen intakt. Die Temperatur und der Puls normal. Die Störung des Blutumlaufs ist behoben. Der Patient hat das Bett verlassen und befindet sich wohl, empfindet jedoch die ihm von den Ärzten vorgeschriebene Arbeitsruhe als drückend.

### 4-Mark-Strassenbahntarif in Berlin.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung nahm gestern die Erhöhung des Strassenbahntarifes mit 107 gegen 60 Stimmen an. Vom Donnerstag ab kostet eine Strassenbahnfahrt 4 Mark.

# Fräulein

Ein Danziger Heimatroman von Paul Enderling.

(Copyright 1920 by J. U. Cottasche Buchhandlg. Nachlag. Stuttgart.)

Als sie die Treppe nach oben ging, begegnete ihr das Dienstmädchen. „Jetzt sind sie bei Ihnen, Fräuleinchen,“ sagte sie mit schlecht verhehlter Schadenfreude.

„Wer?“ fragte Annemarie, ohne die Antwort abzuwarten. Auch die Türe zu ihrem Zimmer stand auf, und sie sah eine Anzahl Menschen, darunter einen Uniformierten dort stehen, wie erkannte sie: es war ein Schussmann.

„Was geschief hier?“ fragte sie erregt.

„Ach Gott, nun ist sie doch da,“ sagte Frau Görke und rang die Hände.

„Das ist abenteuerlich, Vater,“ sagte Thea.

„Ruhe!“ donnerte Julius Görke.

Der Schussmann wühlte in Annemaries Koffer, der offen stand. All ihre mühsam gepackten Sachen lagen zerstreut auf dem Parkboden: die Kleider, die Wäsche, die Schachteln, die Bücher.

„Was fällt Ihnen ein?“ fragte Annemarie.

Der Schussmann sah sie hinter und durchbohrend an. „Sind Sie das Fräulein hier?“

„Ich heiße Annemarie Dehmer,“ antwortete sie. „Wie kommen Sie dazu?“

Der Schussmann war auf den Boden des Koffers gelangt. „Es ist nichts mehr drinnen,“ sagte er zu Julius Görke. „Soll ich nachsehen, ob der Koffer doppelten Boden hat?“

Annemarie trat dazwischen und nahm ihm den Koffer weg. „Wer hat Ihnen das Recht hierzu gegeben?“

„Das Recht?“ erregte der Schussmann. „Hoho, das Recht? Das ist doch augenscheinlich, hoho.“

Mama Görke schluchzte. „Es ist doch, weil das Geld fehlt, das Geld aus der Schublade —“

Annemarie war erblist. „Ach so,“ sagte sie langsam. „Also kann nur ich es genommen haben. Natürlich. Da müssen Sie ja bei mir nachsehen.“

Ihre Atme verbläufte alle.

Der Schussmann schrieb etwas in sein Notizbuch. Julius Görke strich nervös und verlegen über sein Gesicht. Frau Görke schluchzte in ihr Taschentuch: „Aber es wird ja wohl nicht sein, und dann ist es ja gut, Fräulein.“

„Ja, dann ist es gut,“ sagte Annemarie. Sie wollte lachen, aber sie brachte nichts heraus.

Möglichst langsam trat sie in die Antik und weinte, und da sie ihr Taschentuch nicht fand, wischte sie mit einem Wäschestück, das neben ihr lag, die Tränen fort.

Der Schussmann schrieb etwas in sein Notizbuch. Julius auf einen Wink, um auf die Verbrecherin zuzukürzen und sie zu verhaften. Denn es war doch augenscheinlich, hoho, augenscheinlich!

Aber Julius Görke winkte ihm ärgerlich ab und verließ das Zimmer.

„Das war abscheulich, Vater,“ sagte Thea.

Als Annemarie aufblinzelte, waren alle fort. Nur Thea kniete neben ihr und hielt sie umfaßt. „Er muß alles wieder gut machen,“ sagte sie. „Glaube es mir, Annemarie, er muß alles wieder gut machen.“

Einen Augenblick machten die beiden Mädchen mitten im Birrwarr der Wäsche, der Bücher und Kleider kumm nebeneinander. Plötzlich fragte Annemarie: „Warum weinst du auch, Thea?“

„Ich weine ja gar nicht, Annemarie.“

„Doch, du weinst.“ — und sie mußten durch ihre Tränen hindurch über die seltsame Situation lachen.

Thea hob sie empor. „Ich hätte mir den Abschied so schön gedacht. Und nun kam dies.“

„Aber dies war ja noch gar nicht der Abschied,“ tröstete Annemarie, und sie kniete kopfschüttelnd nieder und begann die auseinandergerorkenen Sachen wieder einzupacken.

Plötzlich fuhr sie auf. „Wo ist dein Bruder?“ fragte sie voll Angst.

„Hermann? Ich weiß nicht.“

„Oh, paß auf ihn auf! Ich habe Angst um ihn.“

„Aber warum?“

„Ich habe Angst um ihn.“ Annemarie sah die Szene im nächstlichen Garten in Zoppot und sah Cäsar Justiz wieder vor sich.

Eine Stunde später traf Annemarie Hermann vor der Wohnung des Notars.

„Ich gratuliere,“ sagte Hermann. „Nicht wahr, Sie haben doch heute Geburtstag?“

„Haben Sie es behalten?“

„Freilich.“

„Es ist gut, daß wir uns treffen.“

„Ja, Sie wollen ja heute fort von uns.“

„Nicht deswegen.“ Sie sah ihn scharf an. „Wissen Sie schon, was mir heute passiert ist?“

„Ich komme eben aus Langfuhr. Ich weiß nichts.“

Annemarie erzählte. Hermann kratzte mit dem Spazierstock auf dem Steinpflaster herum und sah zu Boden.

„Vater sieht Gelpenster,“ sagte er undeutlich. Es kostete ihm stilles Anstrengung, auch nur diese wenigen Worte zu sagen.

Es schlug drei.

„Ich glaube, es ist Zeit.“

Sie gingen nach oben und traten einzeln ein. Das Ehepaar Görke stand schon an einem Fenster mit Theodemann, Brandtatters und den Tanten. Thea trat zu Annemarie. Alle blickten forschend auf sie. Theodemann rauchte eine große Zigarre und stieß große Wolken hervor. Seine Frau patzte ihm von Zeit zu Zeit auf den Rücken. „Setz nur ruhig, Männe.“ Er räusperte sich dann jedesmal energisch und blickte auf Julius Görke, als wolle er ihn zu einer entscheidenden Aeußerung veranlassen.

Dore Franzius knöpfte nervös ihre Handschuhe auf und zu und fragte Hermann irgend etwas Gleichgültiges. Frau Görke stand unglücklich wie ein verregnetes Huhn.

Tante Beria blühte hochhaft von Görkes zu Annemarie, als wolle sie sagen: „Das habe ich kommen sehen. Warum hast du nicht auf mich gehört?“ Tante Thea rang ihre großen Fuhrmannshände und sah gänzlich hilflos im Raum umher; wenn sie Annemarie streifte, bekam ihr Blick etwas Vorwurfsvolles.

(Fortsetzung folgt.)

## Eine weitere Mieterhöhung bevorstehend.

### Festsetzung der städtischen Steuerzuschläge. — Die Öffnung des Schützenhausparks.

Die Tagesordnung der gestrigen Stadtverordnetenversammlung hatte anscheinend wenig Anziehungskraft auf unsere Stadtväter und -mütter, denn das Haus war bei der Eröffnung knapp beschlußfähig. Den größten Teil der Verhandlungen nahm die Festsetzung der städtischen Steuerzuschläge in Anspruch. Dabei kam es zu Auseinandersetzungen zwischen bürgerlichen Stadtverordneten über die Frage, wer bei diesen Belastungen besser fahre, der Fehlbefohlene oder der Gewerbetreibende. Der Stadtv. und Lehrer Fußbrügge erklärte, daß er bei 80 000 Mark Jahres Einkommen sich starke Einschränkungen auferlegen müsse. Manche Arbeiter würden diese Einschränkungen gern in Kauf nehmen, wenn sie ein ähnliches Einkommen hätten. Charakteristisch war das Verhalten der bürgerlichen Fraktionen bei der Frage der Erhöhung der **M i e t e r s t e u e r**. Die bürgerlichen Fraktionen erklärten sich mit der vorgeschlagenen Erhöhung der Steuer einverstanden, wenn den Hausbesitzern die Möglichkeit gegeben werde, die steuerliche Belastung auf die Mieter abzuwälzen. Senator Dr. Leske gab dann auch im Namen des Senats die gewünschte Erklärung ab, daß die Mieter so weit erhöht werden sollen, daß auch für die Hausbesitzer etwas übrig bleibt. Nur die Ankündigung der 18 Hausbesitzerversammlungen scheinen also ihre Wirkung getan zu haben. Die Linke lehnte die neue Belastung der minderbemittelten Bevölkerung selbstverständlich ab. Stadtv. Gen. Grünhagen empfahl die Heranziehung der steuerkräftigen Kreise und verlangte die Vereinfachung der Verwaltung. Die bürgerliche Mehrheit stimmte schließlich dem Vorschlag des Ausschusses zu und beschloß auch die Erhöhung der Grundwertsteuer, da ihre Abwälzung auf die Mieter sichergestellt war. Zum Schluß wurde noch darauf hingewiesen, daß der Garten des Schützenhauses am Mittwoch und Sonnabend dem Publikum zur Verfügung steht. Dabei leistete sich der deutschnationaler Senator Jansson den Scherz, in Danzig gebe es keine **K n i g s t r e u e n** Vereine.

Nach Eröffnung der Sitzung und Erledigung einiger geschäftlicher Mitteilungen beschäftigte sich das Haus mit der Festsetzung der Realsteuernzuschläge für 1922.

Stadtv. Gabel (D.P.) erstattete den Bericht über die Ausschuhverhandlungen. Der Ausschuh habe sich in zwei vierstündigen Sitzungen mit der Frage beschäftigt. Vom Finanzsenator sei darauf hingewiesen, daß das Defizit noch größer geworden sei, als man bisher angenommen habe. Die Mehrheit des Ausschusses habe jedoch die Ansicht vertreten, daß die geforderten Zuschläge zulässig seien und von den Beteiligten nicht getragen werden könnten. Die Steuerzuschläge bedeuteten eine Sondersteuer von 10 Prozent für Handel und Gewerbe. Der Vergleich mit den Steuerzuschlägen anderer Städte biete kein richtiges Bild. In der ersten Sitzung wurde die vom Senat geforderten Sätze der Gewerbesteuer abgelehnt. Auch zu der Erhöhung der Grundwertsteuer (Grund- und Gebäudesteuer) nahm der Ausschuh eine ablehnende Stellung ein. Die Hausbesitzer könnten die Lasten nicht tragen. An der zweiten Ausschuhssitzung nahmen auch Vertreter der Handelskammer, der Handwerkskammer, der Hausbesitzer und die Mieter teil. Die Interessenten sprachen sich gegen die angeforderten Steuererhöhungen aus. Senator Dr. Volkmann betonte jedoch die Notwendigkeit der Steuererhöhungen. Der Ausschuh hat schließlich beschlossen, in der 1. Klasse die Gewerbesteuer auf 1000 Prozent festzusetzen, in der 2. Klasse 700 statt 800 Prozent und in der 3. Klasse auf 400 statt 600 Prozent. Die Erhöhung der Grundwertsteuer wurde von der Mehrheit des Ausschusses abgelehnt, weil vom Senat keine bindende Erklärung abgegeben wurde, daß der 80prozentige Zuschlag für Hausbesitzer erhöht werde.

Senator Dr. Leske gab im Auftrage des Senats eine verbindliche Erklärung ab, dahingehend, daß die Festsetzung der Mieterzuschläge neu geregelt würde.

Stadtv. Lange (Dnatl.) rügte, daß zwischen Miets- und Geschäftshäusern kein Unterschied gemacht werde. Bei Annahme der Senatsvorlage würde ein starker Häuserverkauf stattfinden. Der Senat treibe eine falsche Politik. Zu der Erklärung des Senators Dr. Leske hatte Redner kein Vertrauen.

#### Die neue Regierungspartei!

Stadtv. v. Budzynski (Pole) vertrat den entgegengeetzten Standpunkt. Die Stadtverordnetenversammlung müsse dem Senat die Mittel bewilligen, die er brauche. Die polnische Fraktion werde für die Ausschuhvorlage stimmen. Auch der Erhöhung der Grundwertsteuer hätte die polnische Fraktion zugestimmt, wenn nicht von der bürgerlichen Mehrheit auf den Senat ein Druck ausgeübt worden wäre, die Mieter zu erhöhen. Redner behauptete, daß der alte und der neue Grundbesitz von den Steuerbehörden unterschiedlich behandelt würden.

Finanzrat Rodenacker entgegnete, daß eine unterschiedliche Behandlung des Hausbesitzes nicht stattfinden. Der Steuerveranlagung werde aber der letzte Verkaufspreis zugrundegelegt.

Stadtv. Dulikhorra (D.P.) trat für die Vorlage des Senats ein, die Steuern würden doch abgemäßt. Der Zuschlag könnte sogar auf 10 000 Prozent erhöht werden, wenn die Beamtengehälter ebenfalls entsprechend erhöht würden!

Stadtv. Fußbrügge (D.P.) konnte nicht glauben, daß es den Gewerbetreibenden so schlecht geht. Die Vergütungsklassen würden nicht von Fehlbefohlenen besucht. Handel und Gewerbe könnte die Steuern recht gut tragen, einmal die Steuern doch abgemäßt werden. Redner erklärte, daß er als Lehrer ein Einkommen von 80 000 Mark habe, trotzdem würde wohl mancher Gewerbetreibende, der nur 30—40 000 Mark versteuere, eine bessere Lebenshaltung führen. (Erregte Zwischenrufe des Stadtv. Scheller.)

#### 60 Millionen Fehlbetrag.

Stadtv. Dr. Herrmann (D.P.) stellte mit, daß der Fehlbetrag mit 80 Mill. Mark zu gering veranschlagt ist, er betrage mehr als 60 Millionen Mark. Selbst wenn alle angeforderten Steuern bewilligt würden, werde immer noch ein Fehlbetrag von 20 Mill. Mark bleiben. Es müßte deshalb bei den Einzelsteuern, z. B. beim Wohlfahrtsamt Ersparnisse gemacht werden. Weiter mußte die Verwaltung vereinfacht werden. Der dafür von der Stadtverordnetenversammlung eingeleitete Ausschuh habe im Februar getagt und dabei den Beschluß gefaßt, vom Senat eine Aufstellung sämtlicher Beamten und Angestellten zu verlangen. Die verlangte Aufstellung sollte am 1. Juni fertig sein, bis jetzt hat der Ausschuh sie aber noch nicht erhalten. Die Fraktion der Deutschen Partei werde den Ausschuhbeschlüssen zustimmen und auch die Grundwertsteuer bewilligen, weil nach der Erklärung des Senats eine Neufestsetzung der Höchstmietsrate erfolgt.

Stadtv. Scheller (Dnatl.) benutzte die Gelegenheit zu einem Vorstoß gegen die Zwangsmiteten und setzte sich dann mit dem Stadtv. Fußbrügge auseinander, dem er u. a. erwiderte, daß für den Lebensabend der Beamten gesorgt sei, was bei den anderen Berufen nicht der Fall sein.

#### Stadtv. Gen. Grünhagen

forderte die Vereinfachung der Verwaltung. Wenn keine Veränderung erfolge, werde der Freistaat über kurz oder lang unter der Verwaltungslast zusammenbrechen. (Sehr richtig!) Wer als Stadtverordneter Einblick in die Dinge erhält, kommt zu der Ueberzeugung, daß es so nicht weitergehen kann. Nach Erklärungen des Senats soll eine Vereinfachung der Verwaltung stattfinden. Wenn man aber hört, daß ein diesbezügliches Schreiben des Ausschusses seit Februar nicht erledigt ist, kommt man zur Ueberzeugung, daß der Senat oder seine Hintermänner die Vereinfachung der Verwaltung nicht wollen. Vier Jahre nach Beendigung des Krieges bestehen in Danzig

#### immer noch Abwicklungsstellen.

Das ist kennzeichnend für die Sucht nach der Finterkruppe. Diese Leute reden dann noch von dem Wohl der Allgemeinheit; höher und schlimmer kann die Unrechtfertigkeit nicht gehen. Wenn Stadtv. Gabel bei den Ausschuhverhandlungen für die Kleingewerbetreibenden ein Existenzminimum von 30 000 bis 40 000 Mark verlangt habe, so müßte man das gerechtere auch dem Arbeiter und Angestellten zubilligen. Redner kritisierte dann, daß die Stadtverwaltung aus den städtischen Befehungen so geringe Erträge erzielt.

#### Was die Landwirte an Steuern zahlen.

Wenn der Senat Geld braucht, soll er sich an die steuerkräftigen Schichten der Bevölkerung wenden. Die Landwirte laden die gesamte Verwaltung aus. Die Steuerbehörde erhebt pro Hektar in der Niederung 1600 M., auf der Höhe 1500 M. Dabei verlangen die Landwirte für einen preussischen Morgen Safer auf dem Palm 40 000 Mark!

Die sozialdemokratische Fraktion wird jede Steuer vorlage des Senats grundsätzlich ablehnen, da der Senat die Steuerlast zum größten Teil nur auf die minderbemittelte Bevölkerung abwälzt. Die Regierung solle endlich die Vermögenssteuer bringen. Die Erträge aus der Einkommensteuer würden bedeutend höher sein, wenn Sicherungen gegen die Steuerhinterziehungen getroffen würden. Redner empfahl, den Gewerbetreibenden zur Buchführung zu verpflichten und Offenlegung der Steuerlisten.

Zu Erhöhung der Grundwertsteuer lehnt die sozialdemokratische Fraktion ebenfalls ab. Auch die bürgerlichen Parteien sollten sich fragen, ob die minderbemittelte Bevölkerung alle diese Lasten tragen kann. Es ist charakteristisch, daß die bürgerlichen Parteien die Grundwertsteuern bewilligen wollen, wenn den Hausbesitzern die Möglichkeit gegeben wird, die Steuer abzuwälzen. Die Hausbesitzer machen unter diesen Umständen noch ein gutes Geschäft. Wir werden uns gegen jede neue Belastung der minderbemittelten Bevölkerung wehren.

Stadtv. Gebauer (U.S.P.) schloß sich im wesentlichen den Ausführungen des Gen. Grünhagen an.

Senator Dr. Leske entgegnete, daß die Einnahmen aus dem städtischen Grundbesitz dem heutigen Geldwert angepaßt seien. Es liefen allerdings auch noch alte Verträge. In der Regel wurden Verträge nur auf Dollarbasis abgeschlossen. Die Mietssteigerung müsse so bemessen werden, daß neben der neuen steuerlichen Belastung noch ein Uebereschuh für die Hausbesitzer verbleibt.

Stadtv. Braun (3.) erklärte seine Zustimmung zu der Ausschuhvorlage. Auch der Grundwertsteuer würde die Zentrumsfraktion zustimmen. Redner empfahl die steuerliche Erfassung derjenigen Mieter, die von den Mietermieten unverzähmte Preise verlangen.

Stadtv. Gabel (Dnatl.) wünschte eine Reform der Gewerbesteuerordnung, was vom Finanzrat Rodenacker auch in Aussicht gestellt wurde.

Senatsvertreter Direktor Winter ersuchte das Haus, der Vorlage des Senats zuzustimmen. Er wies darauf hin, daß sich das Defizit von 80 Mill. Mk. durch bevorstehende Gehalts- und Lohnforderungen sowie andere unvorhergesehene Ausgaben um etwa 25 Mill. Mk. erhöhen werde.

#### Die städtischen Kartoffeln.

Die weitere Debatte brachte keine neuen Momente mehr. Es wurde dabei auch auf den bedenklichen Zustand der von der Stadt eingelagerten Kartoffeln hingewiesen.

Senator Jansson antwortete, daß zur Verunreinigung kein Anlaß vorliege. Nicht einwandfreie Kartoffeln würden zu Kartoffelsoden für die Landwirtschaften verarbeitet.

Stadtv. Gabel erklärte zum Schluß der Aussprache, daß auch er jetzt für die Grundwertsteuer stimmen werde.

Das Haus beschloß, die Gewerbesteuer nach dem Vorschlag des Ausschusses auf 1000 Prozent in der ersten Klasse, auf 700 Prozent in der zweiten und 400 Prozent in der dritten Klasse festzusetzen. Die Grundwertsteuer wurde auf 12 pro Mille und die Betriebssteuer auf 200 Prozent festgesetzt. Die Linke und 2 Deutschnationaler stimmten gegen die Vorlage.

Einige Etats wurden ohne Aussprache genehmigt. Auf eine Anfrage der Zentrumsfraktion über die

#### Öffnung des Schützenhausgartens

für das Publikum, erklärte Senator Jansson, daß der Schützenhausgarten jeden Mittwoch und Sonnabend von 2 bis 7 Uhr nachmittags für die Danziger Bürgerchaft geöffnet sei, wenn er nicht anderweitig vergeben sei. Der Garten möge aber geschont werden.

Ein polnischer Stadtverordneter beschwerte sich, daß der Schützenhausaal nur patriotischen und Unigstreuen Vereinen zur Verfügung stehe. Senator Jansson erwiderte, daß der Saal Eigentum der Schützenhausbrüderschaft sei. Von Unigstreuen Vereinen könne keine Rede mehr sein, da Danzig doch Freistaat sei! Damit war die Aussprache beendet und die Tagesordnung erschöpft.

## Danziger Nachrichten.

### Un unsere Leser!

Die Hoffnung, daß der ununterbrochenen Steigerung sämtlicher Herstellungskosten der Tageszeitungen Einhalt geboten und eine gewisse Stetigkeit in der Preisbildung erzielt werden könnte, hat sich als trügerisch erwiesen. Das Zeitungs-gewerbe ist wiederum in die Zwangslage verlegt, für die ganz außerordentlichen Mehrbelastungen, die durch weitere Erhöhungen der Druckpapierpreise, der Frachtsätze, der Löhne und Gehälter sowie sämtlicher anderer Produktionsmittel bedingt sind, einen Ausgleich zu suchen.

Die unterzeichneten Verlage sehen sich daher gezwungen, ihre Bezugspreise mit Wirkung vom 1. Juli ab angemessen zu erhöhen.

- Danziger Allgemeine Zeitung.
- Danziger Neueste Nachrichten.
- Danziger Volksblatt.
- Danziger Volksstimme.
- Danziger Zeitung.
- Oliwaer Zeitung.
- Zoppoter Zeitung.

Der Bezugspreis der „Danziger Volksstimme“ beträgt ab 1. Juli Mk. 25,— monatlich.

### „Die Notlage der höheren Beamten.“

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht Herr Landgerichtsdirektor Hartwig in der „Danziger Allgemeinen Zeitung“ einen Artikel, dessen Ausführungen nicht unumtersprochen werden können, zumal der Verfasser zu dem Ergebnis gelangt, daß gerade die höheren, volle akademische Vorbildung aufweisenden Beamten bei den mehrfachen Besoldungsregelungen der letzten Zeit schlechter abgeschnitten hätten, als die mittleren und unteren Beamten.

Zunächst sei hierzu bemerkt, daß die volle akademische Vorbildung durchaus kein unbedingt notwendiges Postulat für die Erlangung einer „höheren“ Beamtenstelle bildet, und zwar nicht nur, seitdem der frühere Reichsfangler Bethmann-Hollweg im Reichstage das historisch gewordene Wort „freie Bahn dem Tüchtigen“ aussprach, sondern auch schon früher, zu Zeiten der wilhelminischen Ära. Allerdings kamen früher Fälle, in denen ein Selbmademan aus eigener Kraft heraus und ohne studiert zu haben, zum höheren Beamten befördert wurde, nur vereinzelt vor, während jetzt derartige Beförderungen öfters stattfinden, wenn auch verhältnismäßig noch immer nicht in genügendem Umfange. Grundsätzlich sollte aber für die Befetzung der höheren Beamtenstellen das akademische Studium keine unerlässliche Vorbedingung bilden, und es sollten derartige Stellen auch Nichtakademikern dann allgemein übertragen werden, wenn sie den Befähigungsnachweis in mehrjähriger Dienstzeit erbracht haben. Nicht so sehr kommt es darauf an, daß der Beamte ein mit theoretischen Kenntnissen vollgepfropftes Hirn aufweisen kann, sondern vielmehr darauf, daß er gesunden Menschenverstand und einen Blick fürs Praktische hat und es versteht, den starren toten Buchstaben des Gesetzes lebendig und sinngemäß in die Praxis umzusetzen. Diesem lebendigen Gesetzkennntnisse, die selbstverständlich eine unerlässliche Vorbedingung für die Bekleidung einer bestimmten Beamtenstelle bilden, kann man sich auch ohne akademisches Studium durch Vorbereitungsdiens und Praxis aneignen.

Wenn sich der Herr Verfasser über die Ansprüche der Beamten sohin dahingehend ausspricht, daß der Beamte, weil er sein ganzes Berufs- und Lebenswerk einheitlich dem Staat leistet, dieser auch für den standesgemäßen Unterhalt seiner Beamten und dessen Angehörige sorgen müsse, so muß doch zunächst die Frage aufgeworfen werden, was ist standesgemäß und hat dieser nicht mehr ganz zeitgemäße Begriff heute überhaupt noch eine Daseinsberechtigung? Ich für meine Person glaube, die letztere Frage verneinen zu

... Es kommt in erster Linie darauf an, daß jeder Beamte, ebenso wie auch jeder andere Beschäftigte (Arbeiter) und jeder Unternehmer (Kaufmann) gewisse Pflichten zu erfüllen hat, die er nicht überlassen darf, sondern, ob irgend die Stelle eines Landgerichtsdirektors oder eines Verwalters beiderlei, in gleichem Maße, in jedem Falle darauf zu bestehen hat, die gleichen Pflichten zu erfüllen, die wiederum für jeden nur zu demselben Preise zu haben sind; diese Pflicht ist es, die den Verleibungsarbeiten und vielen anderen notwendigen Gegenständen des täglichen Bedarfs, was über dieses Existenzminimum hinaus an Besoldung gewährt wird, ist eben dazu da, um „Landesgemäß“ zu leben, d. h. Sonderausgaben zu befreien, die aber die unumgänglichen notwendigen Ausgaben für Nahrung, Bekleidung und Wohnung hinauszugehen und die nicht inbegriffen sein werden.

Wenn nun nach den Ausführungen des Herrn Verfassers die Besoldung der Unterbeamten bis jetzt um das 12- bis 18fache, diejenige der höheren Beamten aber nur um das 6- bis 7fache sich erhöht hat, so mag dieses zahlenmäßig vielleicht zurecht sein, jedoch übersteigt der Herr Verfasser, daß die Unterbeamten, im Gegensatz namentlich zu den höheren, früher auch nicht annähernd ein Einkommen hatten, das ein Existenzminimum gewährleistete, geschweige denn als „Landesgemäß“ bezeichnet werden konnte. Ich erinnere in dieser Beziehung daran, daß beispielsweise ein beamteter Post-Telegraphenwart sein und als solcher 12 bis 14 Jahre für ein „Margarinbrot“ gedient haben mußte, daß er dann im Vorbereitungsdienst seiner Behörde noch weitere 4 bis 6 Jahre lausen mußte, bis er, im Alter von etwa 38 Jahren reichend, mit dem jährlichen Gehalt von 1200 Mk. (jährlich) endgültig angestellt wurde. Und hat etwa das Stillschweben, was der Kandidat 10 Jahre lang und noch länger beim Vorkandidat und bei der Regierung umsonst arbeiten mußte, bis er, noch immer nicht angestellt, zunächst geringfügige Löhne bekam, weniger gekostet, als ein akademisches Studium? Jeder, der es an eigenem Leibe durchgemacht hat, wird diese Frage vernichten.

Daß eine vierköpfige Familie aufweisende Unterbeamte jetzt ein Einkommen von jährlich etwa 50000 Mk. hat, so hat er bei der heutigen Teuerung damit noch nicht das Existenzminimum erreicht; erhält aber ein Landgerichtsdirektor bei den gleichen Familienverhältnissen ein Einkommen von etwa 180000 Mk., so hat er über das Existenzminimum hinaus nicht nur die Mittel zur Bekleidung seines „Landesgemäßen“ Unterhaltes, sondern darüber hinaus noch Gelder zur Verfügung, die es ihm gestatten, sich mancherlei Annehmlichkeiten zu verschaffen. Ein Volksherr dieser Hinsicht besitzenden höheren Beamten ist kaum vorstellbar, um mindestens aber nicht begründet.

Nur die Gesundheit unserer herrlichen Staatsfinanzen ist es aber unbedingt erforderlich, daß sich ein jeder Beschäftigter und Lohnempfänger, mag es Beamter, Angestellter oder Arbeiter sein, in seinen Ansprüchen auf das Neueste einschränkt und daß er nicht ungerechtfertigte Sonderwünsche geltend macht, die der Staat unermöglicht erfüllen kann. Aber als etwas anmaßend empfinde ich es, wenn Herr Landgerichtsdirektor Darmig, wie es der Fall ist, die Sache so hinstellt, als ob von der guten Beschäftigung der „höheren“ Beamten das Wohl und Wehe des Staates abhängt; denn in der Verwaltung des Staates sind nicht die höheren Beamten von ausschlaggebender Bedeutung, sondern in weit größerem Maße die auch numerisch fast überlegenen mittleren und unteren Beamten, und in diesem Sinne trifft die von Herrn Landgerichtsdirektor Darmig angeführte Behauptung, daß höhere Beamtenumstände im Falle ungenügender Gehaltsbewilligungen sehr bald das Schicksal Vellazars teilen und untergehen und den ganzen Staat mit in den Abgrund reißen, weit mehr auf die mittleren und unteren Beamten als auf die höheren Beamten zu.

Die Schlussworte des Herrn Landgerichtsdirektors Darmig variierend, rufe ich die Öffentlichkeit zu: „Videant consules!“ Denke daran: „Nicht nur die höheren Beamten, sondern auch die mittleren und unteren Beamten, Angestellten und Arbeiter sind ihres Lohnes wert!“

Monitor.

**Wegen Einbruchsdiebstahl und Hehlererei** hatten sich vor der Strafkammer zu verantworten der Händler Bruno M., ein Reisender Josef W., der Hafnarbeiter Paul S. und drei Frauen. M. verübte in der Diebstahl einen Einbruchsdiebstahl, bei dem er Wäsche und Kleidungsstücke im Werte von 80 000 Mark stahl. Bei dem Verkauf halfen ihm durch Vermittlung W. und S. Von den gestohlenen Sachen erwarben zwei einen eil. Die dritte Frau soll bei dem Verkauf behilflich gewesen sein. M. will die Sachen von einem Unbekannten gekauft haben, was ihm aber nicht geglaubt wurde. Das Gericht verurteilte M. wegen schweren Einbruchsdiebstahls zu 4 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, W. und S. wegen Begünstigung zu je 9 Monaten Gefängnis, zwei Frauen wegen Hehlererei zu je 1 Monat Gefängnis. Die dritte Frau wurde freigesprochen.

**Stadttheater Danzig.** In der am Freitag, den 23. Juni stattfindenden Aufführung von Wagners „Tristan und Isolde“, absolvieren Kammerjäger Otto Goritz und Kammerjäger Alois Pennarini (Damburg) ein einmaliges Wagnier. Herr Goritz singt den Kurwenal und Herr Pennarini den Tristan. Als Isolde wird Frau Dießel-Luz nach mehrwöchentlicher Erkrankung zum ersten Male wieder singen. Die Aufführung findet außer Abonnement bei gewöhnlichen Preisen statt und beginnt um 5½ Uhr.

**Haar-Verkauf-Spiele.** Im überfüllten Versteigerungssaal spielte Montag Haar-Verkauf mit seiner befähigten Dilettanten-Truppe das „Paradeis-Spiel“, das Spiel vom Sündenfall, aus dem 14. Jahrhundert, und „Lotentanz“, Bilderzügen, aus dem 15. Jahrhundert. Wie schon die Ankündigungen kund tun, sollten die alten Jahrhunderte wieder auferstehen mit ihren alten einfachen Spielen. Und die alten Spiele, mit ihrer naiven Darstellungsweise, wurden lebendig durch Haar-Verkauf. Mit einfachen Mitteln, wie sie bei Wandertheatern üblich, wurde Eindringliches geleistet. Wenn auch sie und da ein Rächeln über die Länge der Zuschauer floß, als das Paradeis-Spiel sich, wie bei den Studenten-Spielen, die vor nicht langer Zeit hier stattfanden, aus dem Saalraum entwickelte, so war doch dieses Rächeln durch das vollendete Spiel aller Kräfte bald verfliegen. Und der sehr wirkungs-

**„Kolonien“ des 19. Jahrhunderts** in den letzten Jahren. Die Welt hat schon in den letzten Jahren gesehen, daß Herr von Helldorf, der geistige Vater der „Kolonien“ und seine Arbeiter, die „Kolonien“ zu der Vorkriegszeit so stark war, soll die geistige Vorkriegszeit auflebend an die übrigen Kolonien am Donnerstag wiederholt werden. Am Freitag finden Wettbewerbe statt und zwar: „Die Kolonien“ und „Die Sonne“ Verleibten.

**Neue Gemeindevorsteher im Kreis Danziger Gde.** Der Landwirt Paul Hoff ist zum Gemeindevorsteher der Gemeinde Sommerau und der Eigentümer Arnold Schneider als Gemeindevorsteher für den Landgemeindegemeinde Ober-Büschkau gewählt und vom Landrat bestätigt. Anstelle des zum Gemeindevorsteher gewählten Eigentümers August Kromrod ist der Maurer Max Kromrod als Schöffe für den Landgemeindegemeinde Klein-Büschkau vom Landrat bestätigt.

**Oliva.** Anstelle des Bekehrten i. R. Karl Richter, der infolge Fortzuges sein Amt als Schöffe der Gemeinde Oliva niedergelegt hat, ist der Distriktsfolger Jägermeister Flub als Schöffe vom Landrat bestätigt worden.

## Aus dem Osten.

**Wien.** Einer von vielen. In 5088 Mark Geldstrafe wurde der Landwirt Reinhold Blaw aus Pleckenheide (Kreis Neustettin) wegen Steuerhinterziehung vom Finanzamt Witten verurteilt.

**Wismar.** Unstimmige Gerüchte über die Möglichkeit der Abtretung des Kreises Wismar oder von Teilen desselben an Polen schwirren seit kurzem umher. Wie von zuständigen Stellen mitgeteilt wird, entbehren sie jeder Grundlage. Die Grenze ist auf Grund des Verfallers Friedens festgelegt, so daß irgend welche Veränderungen des bestehenden Zustandes nicht in Frage kommen. Auch ist zu betonen, daß die Richtung einer gewalttätigen Aenderung nicht der letzte Anlaß gegeben.

**Schiff.** Die Hebung des „S. 18“. Zur Auffindung des kürzlich bei einer Marinübung vor Sahnitz durchgeschnittenen und gesunkenen Bugteils vom Torpedoboot „S. 18“ traf vorige Woche das mit zwölf Mann bemannte Fahrzeug „D. 1“ der Marinerversorgungsstelle Swinemünde in Sahnitz ein. Mittels einer mit Eisen beschwerten langen Reine wurde die Verfestung festgestellt und durch eine Boje gekennzeichnet. Ein hinabgelassener Taucher fand Köpfe von Torpedogehäusen sowie einzelne Schiffteile auf dem Meeresgrunde vor, die gehoben wurden. Nach völliger Klarmachung führt das Wasserbauamt Swinemünde die Hebung aus. Es wird angenommen, daß sich die Mehrzahl der Leichen noch im verfunkenen Schiffswrack befindet.

**Neustettin.** In blutigen Ausschreitungen kam es hier anlässlich des Pferdemarktes. Einige Pöbeln waren in dem neben dem Viehmarktplatz gelegenen Gesellschaftshaus eingedrungen. Sie besaßen sich im Saal, Spielten Klavier, machten großen Lärm und gerieten in Streit. Der Wirt wies sie hinaus. Dabei erhielt er Knüttelstöße über Kopf, Schulter und Arm. Die Pöbeln suchten sich erneut Eingang zu verschaffen, wobei sie sämtliche Fensterscheiben zertrümmerten. Ein Pöbel legte mit einer Schusswaffe auf den Wirt an. Darauf griff auch dieser zum Revolver und schoß einen Pöbel nieder.

**Stettin.** Verhaftet auf einem Kriegervereinsfest. Der Kriegerverband des Kreises Nieder-Münde feierte in Eggesin sein Verbandsfest. Nach dem Gottesdienst, dem Generalfeldmarschall v. Wladenski beiwohnte, und nachdem die Menge ins Freie strömte, kam es zu einem Handgemenge mit kommunistischen Gegenemonstranten, wobei mit Eisen geschlagen wurde. Auch die Landjäger machten von der Waffe Gebrauch.

**Rönigsberg.** Beim Baden ertrunken ist abends im Pregel der 88 Jahre alte Waser Friedrich Langhans. Er ging mit einem Bekannten am Pregel entlang. Beide sollen angetrunken gewesen sein. Dem Bekannten soll nun der Tod ins Wasser gefallen sein. Er arg sich vollkommen aus, ging ins Wasser und schwamm dem Tod nach, während sich sein Bekannter auf einen Kahn setzte. Etwa in der Mitte des Flusses verließen Langhans die Kräfte, er sank unter, ohne noch einmal aufzutauhen. Die Leiche wurde noch nicht gefunden. Der Verunglückte hinterläßt eine Frau und acht unversorgte Kinder.

**Warschau.** Ein polnischer Minister zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verurteilungskammer des Warschauer Landgerichts verurteilte den bevollmächtigten polnischen Minister in Moskau, Antoni Olzowski, wegen Körperverletzung zu 5 Monaten Gefängnis. Der Rechtsvertreter verzichtete auf die Ausführung des Urteils unter der Bedingung, daß Olzowski für das Gasinstitut eine Spende von 5 Millionen polnischen Mark überreicht. Gemeint ist das Institut zur Förderung der Fabrikation von Kriegsgas.

## Aus aller Welt.

**Schwere Unwetterkatastrophe in Südbosnien.** In der Umgebung von Kumonowo Kriwa Palanka in Südbosnien richteten Wolkenbrüche großen Schaden an. Auch Menschenopfer sind zu beklagen, doch ist die Zahl der Toten noch nicht festgestellt. Das Unwetter hatte insbesondere in Kriwa Palanka katastrophalen Charakter, da es nach Mitternacht niederging, während die Bewohner schliefen. 58 eingestürzte Häuser wurden samt dem Hausgerät von den reißenden Fluten weggeschwemmt. Zahlreiches Vieh ist ertrunken.

**Die Opfer des Hamburger Schiffunglücks.** Trotz des eifrigen Abjuchens sowohl des Hafens als auch des Schiffsrumpfes des gesunkenen brasilianischen Dampfers, soweit es überhaupt möglich war, hat man bisher keine Leichen mehr bergen können. Jrgendwelche feste Pläne über das Heben des Fahrzeuges sind noch nicht gemacht worden. Das Gesen des Dampfers dürfte schätzungsweise auf etwa 12 Millionen Mark kommen. Der Schaden am Schiff ist unübersehbar. Bis von An-

gehörigen der Besatzung vorläge, vor dem Dampfer, der eine Anzahl der von Deutschland abgetretenen Schiffe zugeordnet wurde, bereits fünf Dampfer durch Unglücksfälle verloren. Ein ganz gleicher Fall kurz vor dem Ausbruch eines ehemaligen deutschen Dampfers addiert zu dieser Reihe von Unglücksfällen. Nach dem brasilianischen Feststellungen werden vermehrt von der brasilianischen Besatzung 77 Personen und 14 deutsche Arbeiter, zusammen 91 Personen. Es besteht jedoch noch wie vor die Hoffnung, daß der eine oder der andere sich noch anfindet.

**Unter krieglichen Umständen** gestorben ist der Prager Bakteriologe Prof. Dr. Weill. Prof. Weill, der sich dem Studium des Typhus gewidmet hat, war bei seinen Untersuchungen in Gomburg, wohin er sich auf Einladung der polnischen Regierung begeben hatte, eine Kultur des Typhusbakteriums ins Auge gefasst. Weill war sich sofort der tödlichen Wirkung dieser Infektion bewußt, unnd trat die Rückreise nach Prag an, um in seiner Heimatstadt zu sterben. In seinem Nachlaß befindet sich eine vor dem Abschlag stehende Arbeit über ein Serum gegen das Typhusfieber.

**Kühler Kampf mit einer Räuberbande.** In Dortmund kam es zwischen einer mit Feuerwaffen und Handgranaten ausgerüsteten geschlossenen Verbrecherbande und einer Polizeipatrouille zu einem heftigen Feuergefecht. Dabei wurde ein Polizeiwachmeister durch einen Bedrohungs, ferner ein Landjäger und ein Kriminalkommissar durch Armschüsse zum Teil ernstlich verletzt. Von den Verbrechern wurde ebenfalls ein Mann verletzt, der jedoch von seinen flüchtigen Spielgefährten mitgenommen wurde. Inzwischen gelang es, vier von diesen Verbrechern zu verhaften.

**Raubmord an einem Kassenboten.** Der seit 25 Jahren bei der Kreditgesellschaft in Neubamm angestellte Kassenbote Karl Eißig, sollte Sonnabend früh 200 000 Mark nach dem einige Kilometer entfernten Vornhofen zur Vornhausabholung bringen. Unterwegs wurde er von mehreren Verbrechern angehalten, in die Wäsche geschleppt, durch einen Stich in den Hals getötet und des Geldes beraubt. Ein Polizeihund hat sofort die Spur aufgenommen, doch hat man von den Verbrechern noch nichts ermittelt. Man fand den Toten mit einem weißen Tuch um die Augen und durchstocheener Halsschlagader auf.

**Um 600 000 Mark betrogen.** Einem gefährlichen Betrüger ist der Berliner Kaufmann Baugle, der eine Handels-erlaubnis für Gold besitzt, zum Opfer gefallen. Baugle hat durch Vermittlung eines Engländers kennen gelernt, der die Abfälle hatte, Gold in Barren einzukaufen. Der Kaufmann wurde schließlich mit dem Interessenten handeltunig und Baugle brachte eines Tages über zwei Kilogramm Feingold mit. Hierfür gab der Engländer 400 englische Pfund. Erst später bemerkte der Verkäufer, daß die Pfundnoten gefälscht waren und ihm so ein Schaden von über 600 000 Mark entstanden ist.

**Zeitgemäße Raube.** Die 85-jährige Ehefrau Welfe aus Potsdam wollte sich an ihrer Todfeindin, einer Frau Herbst aus der Schloßstraße in Potsdam, rächen. Die Welfe verfiel nun auf einen zeitgemäßen Gedanken. Sie rückte in die „Potsdamer Zeitung“ ein Inserat ein, in welchem ihre Feindin ein möbliertes Zimmer zu mieten hatte. Vom frühen Morgen an wurde die Vermiste nun von jungen Leuten herant überlaufen, daß der Hauswirt dazwischenkam und sich den Zulauf verbat. Frau Herbst erstattete Anzeige und ihre rachsüchtige Feindin wurde vom Potsdamer Schöffengericht wegen groben Unfugs zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt.

**Rassenopfer des Badens.** Im Laufe der letzten zwei Wochen sind, nach einer Meldung aus Essen, im Kanal, in der Lippe und in der Ruhr 71 Menschen ertrunken.

**Ueberfall eines Expresszuges durch Wien.** Als der Expresszug zwischen Brighton und London dieser Tage in die Station Red Hill einfuhr, geriet er in einen Wienen-schwarm, der sich aus höchster über das rückwärtslose Bahnschwarm des Zuges erhob. Die Wienen überfielen die Passagiere und das Zugpersonal, und in wenigen Augenblicken wiederholte der ganze Bahnhof von den Schreien der Gestohlenen. Die Angegriffenen mußten die Flucht ergreifen, und die Wienen blieben Herren des Schlachtfeldes. Mit Hilfe eines Wienenjägers gelang es schließlich, den Schwarm zu beruhigen; der Expresszug aber konnte Red Hill erst nach einer halbstündigen Verspätung verlassen.

## Veranstaltungs-Anzeiger

- Jugendsozialistengruppe.** Heute, Mittwoch, abends 7 Uhr, im Heim, am Spandauer Weg (Volkshaus): Generalprobe zur Sonnenwendfeier. Donnerstag, den 22. Juni, im Heim, bei Arbeiterjugend: Vortrag des Gen. Heinz Lange: Von Spartakus bis Luther. Gäste willkommen.
- S.P.D. 2. Bezirk:** Donnerstag, den 22. Juni, abends 7 Uhr, in der Handels- und Gewerbeschule, in der großen Mühle, Eingang Böttchergasse: Mitgliederversammlung. 1. Vortrag des Volksstabsabgeordneten Spill. 2. Bericht vom Parteitagsbesuch. 3. Verschiedenes.
- S.P.D. 5. Bezirk (Langfuhr).** Mittwoch, den 21. Juni, abends 6½ Uhr, bei Krefin, Brunnhöfer Weg: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag: Referent Gen. Nagroßki. 2. Bericht vom Vertretertag. 3. Bericht vom Parteitagsbesuch. 4. Vereinsangelegenheiten.
- S.P.D. 8. Bezirk:** Freitag, den 23. Juni, abends 7 Uhr, im „Blauen Tonnen“, Seumrüt 10: Mitgliederversammlung. 1. Vortrag des Gen. Frank: Sozialistische Volkswirtschaft. 2. Bericht vom Vertretertag. 3. Bericht vom Parteitagsbesuch. 4. Verschiedenes.
- Sozialdemokratischer Verein Ohra.** Mittwoch, den 21. Juni, abends 7 Uhr, im Lokal „Zur Ostbahn“: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Wehl: Was hat der Senat bisher getan? 2. Vereinsangelegenheiten.
- Sozialdemokratischer Verein Joppot.** Mittwoch, den 21. Juni, abends 7 Uhr, in der Schule Danziger Straße: Mitgliederversammlung. 1. Vortrag des Gen. Massow: Das neue Programm. 2. Vereinsangelegenheiten.

# Danziger Nachrichten.

## Professoren in der Eisenbahn-Hauptwerkstätte.

Seitern vormittag hat nach einer am Montag halbtägigen Besprechung der Eisenbahn-Hauptwerkstätte die Besetzung der ehemaligen Eisenbahn-Hauptwerkstätte die Arbeit niedergelegt. Die Arbeit niedergelegt wurde auf Grund einer geheimen Abstimmung, in der 78 Stimmen für den Streik und 48 dagegen abgegeben wurden. 88 Stimmen waren ungenügend. Die an der Besetzung teilnehmenden 178 Stimmen kommen zum großen Teil auf Polen und Franzosen.

Ueber die Ursache des Streiks wird von dem Deutschen Eisenbahnerverband geschrieben: Der Grund zum Streik ist in dem unverständigen Verhalten des Leiters des Betriebes, Baurat Engel, eines ehemaligen Majors, zu suchen. Dieser Herr betrachtete es seit der Übernahme der Leitung anscheinend als seine erste Aufgabe, den Gegensatz zwischen Verwaltung und Arbeiterschaft nach Möglichkeit zu vertiefen. Vor längerer Zeit hat der Herr es fertig gebracht, entgegen den Bestimmungen des bestehenden Tarifvertrages, die gesamte Belegschaft unter Anrechnung auf ihren Erholungsurlaub einen Tag gegen ihren Willen zwecks Inventurausnahme zu bewahren. Diese Maßnahme, die durch nichts gerechtfertigt war, rief einen Sturm der Entrüstung bei den Arbeitern hervor. Ungun kommt ein Vorgang der letzten Zeit, bei dem der Herr den Standpunkt des Baurates Engel offen zum Ausdruck kam. Im Laufe der vorigen Woche wurde ein früherer Sekretär des deutschen nationalen Landarbeiterbundes, namens Stahl, der bisher politisch eine außerordentlich fragwürdige Rolle in der Arbeiterschaft gespielt hat, in der Hauptwerkstätte eingestellt. Die Dreher weigerten sich, mit Stahl, dessen Einstellung sie entsprechend seiner Tätigkeit als starke Provokation empfanden und der a. B. im letzten Winter die Holzbelagerung der Hundert Eisenbahnarbeiter unterbunden hat, zusammen zu arbeiten und legten die Arbeit nieder. Der Gewerkschaftsleiter des Deutschen Eisenbahnerverbandes suchte in Gemeinschaft mit dem Betriebsrat vermittelnd einzugreifen und sie veranlagte im Hinblick auf die eventuellen Folgen, die Zurückziehung des Stahl. Trotzdem der Betriebsrat den Baurat Engel von dem Resultat der Abstimmung in Kenntnis setzte, wollte es der Herr angeblich nicht verantworten können, St. aus dem Betrieb zurückzuführen. Daraufhin sagte, wie schon eingangs bemerkt, die Belegschaft die Arbeit nieder. In der darauf halbtägigen Besprechung der Eisenbahn-Hauptwerkstätte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 20. 6. 1922 in „Müllers Festhölzer“ vollständig versammelte Belegschaft der Hw. Danz. erklärt, nicht früher die Arbeit aufnehmen zu wollen, bis die Forderungen der Arbeiter restlos erfüllt sind.“

- Die Forderungen sind:  
1. Nichtwiedereinstellung des Drehers Stahl.  
2. Abberufung des Baurates Engel von seinem Posten als Leiter der Hw.

Die eingehende Begründung dieser Forderung wird durch die Gewerkschaftsvertreter gegeben werden.

Wenn man bedenkt, daß im letzten Winter durch eine „technische“ Anordnung des Baurates E., durch unangemessene Heizung des Betriebes die Arbeitsfähigkeit der Belegschaft fast vollkommen unterbunden wurde und außerdem ein ungezügelter Schaden von 80000 Mark entstanden ist, kann man die Forderungen der Arbeiterschaft auf Abberufung des Herrn E. verstehen.

Es wäre zu wünschen, daß der Senat mehr Verständnis für die Verhältnisse in der Hauptwerkstätte zeigt und von dem unsachlichen und provokatorischen Vorgehen des Baurates abrukt, damit der Konflikt so bald als möglich beigelegt wird.

Das Note Kreuz der Freien Stadt Danzig wurde am 19. d. Mts. von der im Senatsitzungsraum des Regierungsgebäudes einberufenen Mittelgliederversammlung endgültig konstituiert. Die Mitgliederversammlung wählte in den Hauptvorstand die Herren: Senatspräsident Sahm als Vorsitzenden, Senator Dr. Schwarz als stellv. Vorsitzenden,

## Danziger Stadttheater.

### „Nur ein Traum.“

Saisondessert! Nach einem delikaten Dessert wird man begierig langen, wenn die Hauptgerichte ausersucht und schmachtend waren; doch bleibt es stets nur Vervollständigung des Mahles, wird nie Ersatz werden.

Smar ist dieses Werk des lustig-prophetischen Volthar (Gold-) Schmidt schon in den 18 Jahren seines Bestehens etwas verstaubt; doch es aber trotzdem zwei Stunden lang wichtig unterhält, wenn der Staub nur kräftig ausgeklopft wird, daß sehen wir gestern Abend.

„Nur ein Traum“ war es zum Glück nicht, was die etwas leichtsinnige Frau des einmal vom graden Wege der Ehe abgewandenen Architekten Stadrian mit dessen hübschem Freunde Sponholz am schönen Malabend erlebte, sondern echte Wirklichkeit; sonst hätte sie ihrem lieben und geliebten Gatten ihr Vergeben und Vergessen nicht gar so leicht gemacht. Doch dieser hält es dafür, denn er glaubt nach den strengen Predigten seiner Frau schlechter zu sein, als er es ist. Wenn er sich obenbrein noch die jugendliche Gattin des vertriebenen Professors Hausmann zum Gegenstande seiner außerordentlichen Zuneigung wählt, ist die Sache noch leichter ersichtlich, weil er diesen so von der ungeliebten Frau befreit und seinen botanischen Studien und dem nächsten Schachspiel wiedergibt.

Das Stückchen ist lustig geschrieben, die Handlung geschieht gruppirt und sagt in den Mantel des Humors gehüllt, ein paar derbe Moralwahrheiten, die sich jeder gern auf den Weg mitnimmt.

Die Darstellung war flott und leichtflüssig. Artur Armand als Schwerenöter und der sorglich verhandelnde Professor Carl Brückel, der als Spielleiter ein behagliches Milieu geschaffen hatte — nur wirkte der nächtliche Frühlingsgarten wie eine Wahnvision — Übertragen durch lebensrechte und fein charakterisierte Darsteller. Rudolf Schwaneke, dem man schon heute Blumen zum Abschied auf die Bühne trug, wie auch Martha Kaufmann als „träumende“ Geliebte, nahmen die Sache zu ernst und kamen oft vom Ziel des Pathos nicht frei. Der kleinen Rolle der Giftdienerin Margarete Lewkowsky-Richtenstein in soviel Frische und Witz, daß glaubhaft wurde, was man später über sie aus dem Munde ihrer Bekannten hörte. Fritz Blumhoff's Offiziersburche war von befreiender Komik. So ließ sich denn das stattlich behaute Haus gern und recht erheitend unterhalten.

Stadttrat Dr. Mayer als Schriftführer, Reg.-Kantmann Rosenthal als stellv. Schriftführer, Rechnungsrat Schmidt als Schatzmeister, Schriftsteller Walhelm-Boguski als stellv. Schatzmeister. Außerdem wurde beschlossen, drei Mitglieder in den Hauptvorstand zu wählen. Das Note Kreuz der Freien Stadt Danzig hat als nächste Aufgabe eine Unterstützung der notleidenden Wolga-Deutschen ins Auge gefaßt. Es wurde unter dem Vorsitz des Stadttrats Dr. Mayer ein Ausschuss von 12 Personen gewählt, welcher demnächst in Tätigkeit treten wird.

## „Guten Appetit.“

Der Wahrheitsbeweis über das Restaurant „Hohenzollern“.

Wie noch erinnert sein dürfte, war Hr. Weber als verantwortlicher Redakteur unserer Zeitung vom Schöffengericht wegen Beleidigung des Inhabers des Restaurants „Hohenzollern“ zu 800 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Die Beleidigung wurde in der Veröffentlichung eines mit der Ueberschrift „Guten Appetit“ versehenen Artikels erblickt, in dem einige Küchengeheimnisse dieses Restaurants ans Licht gezogen wurden. Das Schöffengericht sah den vom Beklagten durch Zeugenaussagen von im „Hohenzollern“ beschäftigten Angestellten geführten Wahrheitsbeweis für die behaupteten Tatsachen nur zum Teil als erbracht an und erblickte außerdem in der Form des Artikels die Absicht der Beleidigung.

Gestern fand nun infolge der gegen die Beurteilung eingelegten Revision eine weitere Verhandlung vor der Strafkammer statt. Auf nochmalige Zeugenvernehmung war vom Gericht als auch vom Gen. Weber zunächst verzichtet worden. Auf Grund der protokollierten Zeugenaussagen aus der ersten Verhandlung kam das Berufungsgericht nach zweifeltägiger Verhandlung zu einem wesentlich anderen Urteil als das Schöffengericht. Die im Artikel vor allen Dingen kritisierte Wiederverwendung der von den Gästen zurückgelassenen Speisereste wurde im behaupteten Sinne in zweifacher Hinsicht vom Gericht als ermitteltes bezeichnet. Nur für die weiter behaupteten Bierpantsherren sah das Gericht den Wahrheitsbeweis nicht als genügend erbracht an. Aus der Form des Artikels sei die Absicht der Beleidigung jedoch nicht zu erkennen und liege daher nur einfache Beleidigung vor. Der Schutz des § 198 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) wurde dem Beklagten verweigert. Die Strafe wurde auf 100 Mark herabgesetzt, die Kosten jedoch zu zwei Dritteln dem Kläger und nur zu einem Drittel dem beklagten Redakteur auferlegt. Die Publikationsbefugnis für das Urteil wurde dem Kläger nur in der „Volkstimme“ anerkannt. Vom Schöffengericht war außerdem auch die „Danz. Neuest. Nachr.“ dafür ausersucht. Wenn die mit Berufsrichtern besetzte Strafkammer zu einer derart erheblichen Einschränkung des Urteils gekommen ist, so erhellt das am besten, wie rechtlich unhaltbar die Auffassung des Schöffengerichts über den angeblich vollkommen unzulänglichen Wahrheitsbeweis war. Der Urteilstenor der Strafkammer ist auch ohne Kommentar zur Beurteilung des Wahrheitsbeweises durchaus vielsagend und ausreichend.

## Sonnenwende der Arbeiter-Jugend.

Entsprechend den Beschlüssen der Reichszentralen der Arbeiter-Jugendvereine findet am Sonnabend, den 24. Juni, eine

### gemeinsame Sonnenwendfeier aller Arbeiter-Jugendvereine

statt. Für den Bezirk des Freistaates ist das Navigtal in Aussicht genommen. Alle Vereine marschieren gesondert an und treffen sich dort spätestens um 10 Uhr abends. Nähere Einzelheiten werden noch mitgeteilt. Die Vereinsleitungen werden aufgefordert für starke Beteiligung Sorge zu tragen.

Neue Servisnummerierung für die neuen Straßen der Kolonie am Bärenweg: Osterzeile und Wolfsweg. Osterzeile Nr. 1 bis 66 (Grundstückseigentümer Stadtgemeinde Danzig). Die Nummerierung ist springend (rechts gerade, links ungerade) erfolgt. Osterzeile: 57 bis 76 (Grundstückseigentümer Dt. Danziger Eigenheimgenossenschaft). Die Nummerierung ist springend (rechts gerade, links ungerade) erfolgt. Wolfsweg Nr. 1 bis 4 (Grundstückseigentümer Dt. Danziger Eigenheimgenossenschaft).

Der Stand der Arbeitslosigkeit. In der Woche vom 4. bis 10. Juni 1922 sind in der Stadt Danzig einschließlich der Gemeinden Ohra und Emsau an Erwerbslosenunterstützung gezahlt worden: 85 298,10 Mk. an 282 Personen gegenüber 49 768,18 Mk. an 871 Personen in der Vorwoche.

Rasieren und Haarschneiden wird teurer. Eine außerordentliche Generalversammlung der Danziger Friseurinnung beschloß für Rasieren und Haarschneiden neue Mindestpreise festzusetzen und zwar für Rasieren 5—7 Mark, und für Haarschneiden 15—20 Mark. Früheren Beschäften ist gestattet, über diese Preise hinauszufragen. Begründet wird diese Preissteigerung mit einer 40 prozentigen Lohnerhöhung der Friseurgehilfen.

Von der Eisenbahn angefahren wurde gestern nachmittag am Bahnübergang Wurfmachergasse in Stadtgebiet das dreijährige Schindchen des Schaffners Petri aus der Wurfmachergasse. Der Kleine machte sich auf der Strecke zu schaffen und wurde von einem Trittbrett des Vorortzuges, der 2,37 Uhr von Ohra nach Danzig fährt, zur Seite geschleudert und schwer verletzt.

Polizeibericht vom 21. Juni 1922. Festgenommen: 14 Personen, darunter 1 wegen Diebstahls, 2 wegen Zechprelleret, 7 in Polizeihaft. — Obdachlos: 4 Personen.

Oliva. Die für Montag nachmittag angeordnete Gemeindevorversammlung konnte wegen Beschäftigungsfähigkeit nicht stattfinden, da von 30 Gemeindevertretern nur 8 erschienen waren.

## Erleuchtung.

Michell fallan dir die Schuppen Von den Augen? Merkt du ihn, Daß man dir die besten Suppen Vor dem Wunde wegstiehlt?

Als Erhab warst dir versprochen Reinverfärbte Himmelsfreud' Drogen, wo die Engel lachen Ohne Fleisch die Seligkeit!

Michell Wird dein Glaube schwächer Ober Käser dein App'it? Du ergreiffst den Lebensbecher Und du singst ein Feldweidlied!

Michell fürchte nichts und laß Schon hinfleben deinen Dank, Später legen wir im Grabe, Wo du still verbaun kannst.

Belucht Seine.

## Kleine Nachrichten.

Ein französischer Nationalheld gestorben. Die französischen Wälder bringen die Todesnachricht des tapferen Mannes Charles Cogne, der im November 1914 im Augenblick, als die deutschen Armeen die Schelde überschreiten wollten, bei Meuport die Schleusen geöffnet und so durch die Ueberschwemmung der Gegend zwischen Meuport und Dinmuiden den deutschen Armeen den Weg nach Calais abgeschnitten hat.

Verfindung einer großen Erdsäule. Auf Grund von Entdeckungen war im Mitharund bei Harburg von einem Hamburger Konfitorium unter erheblichen Schwierigkeiten durch Tiefbau hindurch in Tiefe von etwa 1000 Meter Erdsäule erbaut worden, das in erheblichen Mengen mit der Spülung hochfem und hell brannte. Leider konnte nicht verhindert werden, daß der Tiefbau die ganze Quelle verschwemmte. Man will die Bohrung nun nach einer anderen Methode versuchen.

Ein grüner Diamant. Einer der seltensten Edelsteine der Welt, ist bei Bloemhof, 100 Meilen nördlich von Kimberley, gefunden worden. Die Karatität bestimmet sich jetzt auf dem Wege nach England. Als der Stein gefunden wurde, war er schwarz, wog etwa 5 Karat und schien von geringem Wert. Bei näherer Prüfung stellte es sich heraus, daß es sich um einen fehlerlosen smaragdgrünen Diamanten handelte. Nach dem Schleifen besitzt er jetzt noch ein Gewicht von 1 1/2 Karat.

Selbstentladende Kohlenkiste. Eine amerikanische Schiffsgesellschaft hat einer Schiffbaufirma den Bau eines 7500 Tonnen großen selbstentladenden Kohlenkisses in Auftrag gegeben. Die Ausführung stützt sich auf die Anwendung eines endlosen Riemens, der längs des Schiffes läuft und die Kohlen aus den verschiedenen Abteilungen über dem Kiel entläßt, in Verbindung mit einem weiteren Riemenwerk, das ein Entladen seitwärts gestattet. Man nimmt an, daß auf diese Weise die Schiffsladung in vier bis fünf Stunden gelöst werden kann.

Was wird am meisten auf der Welt gegessen? Auf diese Frage wird man wohl in erster Linie antworten: das Brot. Man wird aber vielleicht im Zweifel sein, ob nicht die Kartoffeln der Menge nach überwiegen. In Wirklichkeit ist es aber der Reis, der am meisten auf der Welt gegessen wird, denn von ihm leben im Orient und in Asien 800 Millionen Menschen, d. h. mindestens so viel wie in allen anderen Erdteilen zusammengenommen. Der Reis vertritt in Asien die Stelle unserer Brotfrüchte und der Kartoffeln.

Eine Welt-Großstation. Die Transradio-Betriebszentrale in der Drankenburg Straße ist eröffnet worden. Lange Zeit ist es uns schon möglich gewesen, 20 000 Kilometer weit elektrische Wellen zu senden, d. h. 20 000 Kilometer nach jeder Richtung, also 40 000 Kilometer um den Äquator. Diese Reichweite wurde aber sehr vermindert durch atmosphärische Störungen. Unsere Großstation Nauen, die seit langem einen 24stündigen Sendebetrieb eingerichtet hat, dient jetzt als Sendestation. Die ankommenden Telegramme finden heute Aufnahme in der Station Lettow bei Potsdam. Die Großstation Nauen hat einen noch immer zu komplizierten Apparat, bevor die Telegramme zur Versendung gelangen. Anders wird es bei der Weltstation sein. Hier soll das Senden und Empfangen vereinfacht werden. Durch einen 24-Stunden-Betrieb ist es möglich, das Doppelte zu empfangen und zu senden. Nauen wird noch erheblich erweitert werden, und als Vegetation wird in Amerika auf Long Island eine Antennenanlage entstehen. Die neue Station wird alles in allem 72 eiserne Türme erhalten und zehn Dynamos von je 200 Kilowatt liefern die gewaltige Leistung.

## Standesamt vom 20. Juni 1922.

Todesfälle: S. des verstorbenen Arbeiters Franz Plicht, 9 J. 8 M. — Witwe Marie Schellner geb. Topolinski, 69 J. 8 M. — Witwe Auguste Segler geb. Bieder, 80 J. 5 M. — Unverehelichte Edelgard Klein, 19 J. 8 M. — S. des Arbeiters Rudolf Papios, 2 Tage. — Frau Friederike Steinfel geb. Kuhn, 44 J. 5 M. — Güterbodenarbeiter Karl Kasper, 60 J. 10 M. — Arbeiter Adolf Born, 60 J. 1 M. — Rentempfangender Wilhelm Mau, 84 J. 7 M. — Unehelich: 1 Sohn, 1 Tochter.

## Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polsche Mark:	7,35	am Portage	7,30
Amer. Dollar :	318	"	317
Englisches Pfund:	1420	"	1415

## Gosda Schnupftabak

garantiert rein gekachelt

Überall erhältlich. Fabrik: Julius Gosda, Hähnergasse 4.

**Überprüfende Wirkung zu langem und zu hartem Sonnenstrahlung.**

Die dem Strahl übermäßige Witterung nach wieder die Zeit, in der es sich von Kräfte der Sonne gewirkt werden muß, die Haut und vor allem den Kopf ohne schützende Bedeckung längere Zeit dem Sonnenstrahlen aussetzen, da die Strahlungen das Sonnenlicht keine Gesundheitsförderungen zur Folge haben und bei zu langem und zu hartem Sonnenstrahlung die Haut schmerzhaft entzündungen eintreten.

Es ist daher unbedingt anzuraten, daß sowohl Erwachsene wie Kinder beim Aufenthalt im Freien sich, den Sonnenstrahlen nicht zu sehr aussetzen. Ganz besonders in heißen Tagen, in denen der Aufenthalt längere Zeit dauert und etwa noch mit körperlichen Anstrengungen verbunden ist, wie z. B. bei GOLF, Tennis, Schiffs- und Straßenarbeitern, ist auf die schützende Kopfbedeckung nicht zu verzichten.

Aber auch beim Aufenthalt der Erwachsenen und Kinder im Grunde und auf sonnigen Flächen muß darauf geachtet werden, daß die hellende und kräftigende Wirkung der Sonnenstrahlen nicht durch übermäßigen Gebrauch in das Gegenteil umkehrt werde. Ganz langsam in allmählich zunehmender Bekleidungsänderung muß die Haut an die Wirkung der Sonnenstrahlen gewöhnt werden. Dringend zu warnen ist davor, daß kranke Menschen selbständig ohne Anweisung des Arztes den ungesunden Körper der längeren dauernden Bekleidung durch die Sonne aussetzen.

**Aus dem Verwaltungsbericht des Kreises Großer Werder über das Geschäftsjahr 1921.**

Die Kreis Sparkasse hatte einen Umsatz von 257,9 Millionen Mark gegen 102,1 Millionen Mark im Vorjahre. Die Spareinlagen betragen etwa 20 Millionen Mark, der Giro- und Scheckverkehr 12 Millionen Mark. Der Reingewinn beträgt 281 044 Mark. Es steht zu erwarten, daß der zum freistaat gehörige Teil des Kreis Sparkasse des Jahres Großer Werder einverleibt wird. Das Kreisjugendheim nahm im Berichtsjahr 58 Kinder auf und erforderte einen Aufschuß von 67 617 Mark. Ein Walderschulungsbau für 100 erholungsbedürftige Kinder wird in der Steegerener Forst erbaut und soll in den nächsten Tagen seiner Bestimmung übergeben werden. Es kann etwa 30 Kindern Unterkunft geben. Für bedürftige Kleinrentner und ähnliche Personen stellte der Kreis 50 000 Mark zur Verfügung, wovon noch 35 000 Mark traten, die vom Senat zur Verfügung gestellt wurden. Zur Verringerung der Wohnungsmangel sind u. a. in Jungfer 11 und in Schöneberg 8 Häuser errichtet worden. Insgesamt sind für den Kreis 1 200 000 Mark bereitgestellt worden. Die Erwerbslosigkeit war im Berichtsjahr sehr erheblich. An Erwerbslosenerhaltung wurden 224 318 Mark gezahlt, wovon 224 218 Mark zu Lasten des Staates gingen und der Rest von den Gemeinden getragen wurde. Durch den Kreisarbeitsnachweis wurden im ganzen 513 Stellen vermittelt. Von 602 Großstadtkindern, die im freistaat aufgenommen wurden, entfielen 119 auf den Kreis Großer Werder. Die Verkehrsverhältnisse des Kreises lassen alles zu wünschen übrig. Das Straßennetz des Kreises umfaßt zurzeit 20 Kilometer. Neue Anschlußstellen für die Gemeinden Grensdorf, Senersvorderkampen und Pöckel sind beschlossen und in Vorbereitung.

**Gewerkschaftliches.**

**Das Ende der Aussperrung in der englischen Metallindustrie.**

Die englischen Maschinenbauer haben mit 75 478 gegen 38 428 Stimmen beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Es muß offen ausgesprochen werden, daß die Bewegung mit einem vollen Misserfolg der Arbeiterschaft endet.

Bald nach Wiederaufnahme der Arbeit sollen neue Verhandlungen über folgende Punkte stattfinden: Weiterer Lohnabbau und Haftung nach Leistung. Es ist zu befürchten, daß die Arbeiter bei den kommenden Verhandlungen weitere Niederlagen zu erdulden haben werden, um so mehr, als die Schwächen der Gewerkschaften bei dieser Aussperrung klar zutage getreten sind. Die ganze Bewegung ergab von der Hertrifft der englischen Gewerkschaftsbewegung ein äußerst betrübendes Bild. An der Aussperrung waren 57 (11 D. Red.) verschiedene Organisationen beteiligt. Die Maschinenbauer weigerten sich, mit den anderen Organisationen gemeinsam zu verhandeln. Bei der ganzen Bewegung handelte es sich überhaupt nicht um wirklich fortschrittliche und der Allgemeinheit der Arbeiter nützliche Forderungen. Es war tatsächlich ein Kampf, wo sich die gelehrten im Gegensatz zu den ungelerten Arbeitern befanden.

20 000 privatkapitalistische — 250 soziale Baubetriebe. Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe umfaßt nach seinen Angaben im Januar 1922 16 801 Betriebe. In dieser Ziffer sind die süddeutschen und die nicht organisierten Betriebe nicht enthalten. Rechnen wir von den gesamten 16 801 Betrieben die baunehrigewerblichen Betriebe ab, die im Arbeitgeberbund organisiert sind, dann kommen wir auf 6028 Baugeschäfte mit gemischten Betrieben, 4059 Maurergeschäfte, 2460 Zimmerergeschäfte, 102 Betonbaugeschäfte und 108 Tiefbaugeschäfte, insgesamt also auf 14 552 hauptbaugewerbliche Betriebe. Einschließlich der süddeutschen und der nichtorganisierten hauptbaugewerblichen Betriebe haben wir zurzeit in Deutschland mindestens 20 000 baugewerbliche Betriebe. Diesen mindestens 20 000 privatkapitalistischen Baubetrieben stehen heute einschließlich der von den christlichen Gewerkschaften geschaffenen Genossenschaften nur etwa 50 soziale Baubetriebe gegenüber. Mehr als 20 000 auf der einen Seite und 250 auf der anderen Seite. Wenn man den Aufwand von Kraft und Verleumdung überblickt, mit dem das Privatkapital die sozialen Baubetriebe bekämpft, dann kann man ermessen, welche Summe von Profit und Gewinn die sozialen Baubetriebe durch ihre Trennung nicht aufkommen lassen. Aus dieser Gegenüberstellung spricht die ungeheure moralische Überlegenheit der

Die sozialistischen Monatshefte II, a. Zur Schulungslage in der Ostmark hatten die „Ostmarkischen Monatshefte“ ein Heft herausgegeben, das nicht nur die fremden Gäste auf die Schönheiten Ostpreußens hinweist, sondern auch den Einheimischen daran erinnert, was er an seiner schönen Heimat hat. Das vorliegende dritte Heft ist der Marienburg gewidmet. Es ist wieder mit hoher Sorgfalt zusammengestellt und bietet den Freunden der schönen Ostpreußen eine Reihe wertvoller Hinweise. Aus der großen Reihe der vorzugsweise wissenschaftlichen Arbeiten, nennen wir: „Das Sternengewölbe des großen Marienburger Doms“ von Conrad Steinbrecht, „Speise und Trank in Ostpreußen“ von Bernhard Schmid, „Alle Inschriften der Marienburg“ von Walther Biesemer, „Das Deutschtum unserer Ostmark“ von Gustav Roethe, „Die Ostmark als das natürliche Gefüge des Ostpreußen“ von Fritz Braun. Eine große Reihe schon gelungener Aufsätze schmücken das wertvolle Heft, dem das gleiche Geschick zu wünschen wäre, wie dem ersten Marienburgheft, das seit langem vergriffen ist und heute schon eine kleine Marktlücke darstellt. B. D.

**Zeitschriftenchau.**

Die sozialistischen Monatshefte II, a. Zur Schulungslage in der Ostmark hatten die „Ostmarkischen Monatshefte“ ein Heft herausgegeben, das nicht nur die fremden Gäste auf die Schönheiten Ostpreußens hinweist, sondern auch den Einheimischen daran erinnert, was er an seiner schönen Heimat hat. Das vorliegende dritte Heft ist der Marienburg gewidmet. Es ist wieder mit hoher Sorgfalt zusammengestellt und bietet den Freunden der schönen Ostpreußen eine Reihe wertvoller Hinweise. Aus der großen Reihe der vorzugsweise wissenschaftlichen Arbeiten, nennen wir: „Das Sternengewölbe des großen Marienburger Doms“ von Conrad Steinbrecht, „Speise und Trank in Ostpreußen“ von Bernhard Schmid, „Alle Inschriften der Marienburg“ von Walther Biesemer, „Das Deutschtum unserer Ostmark“ von Gustav Roethe, „Die Ostmark als das natürliche Gefüge des Ostpreußen“ von Fritz Braun. Eine große Reihe schon gelungener Aufsätze schmücken das wertvolle Heft, dem das gleiche Geschick zu wünschen wäre, wie dem ersten Marienburgheft, das seit langem vergriffen ist und heute schon eine kleine Marktlücke darstellt. B. D.

**BORG**



QUALITÄT RAUCHER

Wasserstandsberichte am 21. Juni 1922.

Zawisch	18.6	19.6	Aurzebrack	+ 0,30	+
Warschau	+ 0,85	+	Montawersple	- 0,21	- 0,22
Plock	18.6	19.6	Plehel	- 0,50	- 0,53
Thorn	+ 0,70	+	Dirschau	- 0,35	- 0,38
Jordan	16.6	17.6	Einlage	+ 2,30	+ 2,34
Culm	+	+	Schwenhorst	+ 2,46	+
Brauns	20.6	21.6	Rogat:		
	- 0,04	+	Schönau O. P.	+ 6,44	+ 6,40
	- 0,13	-	Balzenberg O. P.	+ 4,46	+ 4,46
	- 0,23	-	Neuhorsterbusch	+ 2,00	+ 2,02
	- 0,08	-	Arnswald	+ 0,99	+

Verantwortlich für Politik Ernst Doops, Danzig; für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, Danzig; für Inserate Bruno Gwert, Ostva. — Druck von J. Wehl & Co., Danzig.

**Stadttheater Danzig.**  
 Direktion: Rudolf Schaper.  
 Heute, Mittwoch, den 21. Juni, abends 7 Uhr:  
 Dauerkarten D 2. Neu einstudiert!  
**Haus Rosenhagen**  
 Drama in 3 Aufzügen von Max Halbe.  
 In Szene gesetzt von Oberspielleiter Hermann Mery.  
 Inspektion: Emil Werner.  
 Christian Rosenhagen, Botschafter auf Hohenau  
 Karl Egon, sein Sohn  
 Die alte Rosenhagen, seine Mutter  
 Martha Reimann  
 Hermine Diefferkamp  
 Dr. Diefferkamp  
 Primaner  
 Thomas Boh, Besitzer in Hohenau  
 Pastor Siebert  
 Dr. Schwach, Arzt  
 Wegner, Agent  
 Inspektor Rathke  
 Minna, Dienstmädchen  
 Bumkewitz, Knecht  
 1. Knecht  
 2. Knecht  
 3. Knecht  
 Carl Allerew  
 Lothar Bähring  
 Janna von Weber  
 Martha Kaufmann  
 Dora Ottenburg  
 Beschwister  
 Ehrenfried Dauls  
 Carl Brückel  
 Ferdinand Neuert  
 Georg Harber  
 Gustav Nord  
 Heinz Brede  
 Lola Paasch  
 Adalbert Gauhe  
 Kurd Prengloff  
 Hans Eifer  
 Alfred Brandes  
 Ende 9 1/4 Uhr.  
 Donnerstag, abends 7 Uhr. Dauerkarten E 2.  
 „Die Ehe im Kreise.“ Operette.  
 Freitag, abends 5 1/2 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Gewöhnliche Preise. Einmaliges Doppelgastspiel der Kammeränger Otto Goritz und Alois Pennarini, Hamburg. „Frisan und Isolda.“ Handlung. Kurvenal: Otto Goritz als Gast. „Frisan: Alois Pennarini als Gast.  
 Sonnabend, abends 7 Uhr. — Dauerkarten A 1.  
 „Der Trompeter von Säckingen.“ Oper in 3 Akten nebst einem Vorspiel.  
 Sonntag, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. „Die Ehe im Kreise.“ Operette.

**Wilhelm-Theater**  
 Langgarten St.  
 Heute, Mittwoch, den 21. Juni,  
 Anfang 8 Uhr  
**Ballnacht**  
 Operette in 3 Akten.  
 Morgen, Donnerstag, den 22. Juni:  
 „Schäm dich Lotte“  
 Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freymann, Kohlenmarkt, von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 11 bis 1 Uhr an der Theaterkasse. 16627  
**„Libelle“**  
 Musik, Gesang, Tanz.

**Robert Ehmman**  
 Altstädter Graben 3  
 neben der Tabakfabrik M. A. Hasse.  
 Tuch-, Manufaktur-, Kurz- und Wollwaren  
 Anfertigung aller Herren Garderoben nach Maß  
 Damen-Kostüme und Mäntel.  
 Solange alter Vorrat, noch günstige Kaufgelegenheit zu niedrigen Preisen. 16050

**Sommer-Varieté**  
**Wintergarten**  
 Am Ollvaer Tor Nr. 10 :: Telephon Nr. 1925  
 Dir.: Frau E. v. Stamaty, Kapellmeister: Hans Eichhorn  
 Anfang 8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen 7 1/2 Uhr  
**Da kann man für 5 Mk. das große Juni-Programm schon!**  
**Vollständig neues Programm!**  
 10 brillante Nummern!  
 Nur noch einige Tage!  
**Gastspiel Henrik Gautier**  
 der beliebte schwedische Schauspieler auf seinem Vollblut „Admiral“ aus dem Gestalt des Grafen Battyani — und  
**Adolf Burk**  
 der weltbekannte Karikaturen-Tanz-Excentric-Komiker  
**4 Eitners**  
 eleg. akrob. Drahtseil-Akt vom Wintergarten Berlin  
**Adi Cortini**  
 d. phänom. Meister-Manipulator  
**Thensla**  
 Skandinavische Kraitturnerin  
**Fishons**  
 Kunstpfeifer und Tierstimmen-Imitator.  
**Regla**  
 das Musik-Phänomen spielt auf 28 Instrumenten.  
**Lotte Walden**  
 die lustige Soubrette.  
**Margit Szamboky**  
 Fantasie-Tänzerin.  
 Vorverkauf: Wintergarten vormittags von 10—1 und nachmittags von 4 Uhr an. Telephonische Vorstellungen werden bis eine halbe Stunde vor Beginn der Vorstellung reserviert.

Verkaufe gut erhaltene Nähmaschine.  
**Fuchs**, (†  
 Dr. Mühlengasse 20, 2 Tr.  
**Eisernes Sinderbell**  
 mit Matratze zu verkaufen. Beschäftigung bis 1 Uhr. (†  
 Petersh. h. d. Kirche 27 III.  
**Ruppen** wird gefertigt und repariert. Perrücken und Ersatzteile vorrätig. (†  
 Winkler, Johannisg. 68.  
**Ledig. Botinnen**  
 welche gut zu Fuß, stadtkundig sind und 100 Mark Kautions stellen können finden sofort lohnende und dauernde Stellung. Meldungen bei (6780)  
**Fetting**,  
 Rennerlistgasse 4, pt., bei Jeschke.  
**Invalide sucht leichte Beschäftig.**  
 (Bote oder dergleichen). Offerten unt. H. 20 an die Exped. dieser Zeitung. (†  
**Guter Schäferhund**  
 8 Wochen alt, zu verkauf. **Brommund**,  
 Rähm wa. 3 Tr. (†  
 Eine wachsame **Dackelhündin**  
 sehr scharf, zu verkaufen. Schäfererl 15, 1 Tr. (†

**Zahn-Kranke**  
 werden sofort behandelt. Neue Gebisse, Reparaturen in einem Tage. Spezialität: Gebisse ohne Platte. Gold-Kronen usw. unter voller Garantie.  
 Dankschreiben über schmerzloses Zahnziehen. Niedrige Kostenberechnung.  
**Institut für Zahnleidende**  
 Telef. 2621 **Bieffertstadt 71** Telef. 2621  
 Durchgehende Sprechzeit von 8—7 Uhr.

Neu erschienen!  
**Acht Monate in polnischen Gefängnissen**  
 von **Dr. Richard Wagner.**  
 Preis 11 Mark.  
**Verlag Volkswacht**  
 Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.  
**Kleine Anzeigen**  
 in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

Stroh-Panama-Velour-Filz-  
**Hüte**  
 für Damen und Herren  
 werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten Formen bei sorgfältigster Ausführung in kürzester Zeit  
**umgepreßt, gewaschen und gefärbt.**  
**Stroh- und Filzhut-Fabrik**  
**Hut-Bazar zum Strauß**  
 Annahmestelle nur Lawendelgasse Nr. 6—7. (gegenüber der Markthalle). 4388

6702  
  
**Fahrräder**  
 sehr preiswert!  
 Fahrradmäntel von M 185—320, Schläuche von M 60—80, Pedale M 150, Ketten M 150, Glocken sowie alle Fahrradartikel billigst.  
**Bernstein & Comp., Danzig, Langgasse 50.**  
**HAARNISSE**  
 Kopfungziefer — Brut — Kopf-Nisse entfernt garantiert in 2 Stunden restlos  
**NISSKA** D. R. G. M. **Der Wunderkamm** 708295  
 Verkauf u. Aufklärung: Drogerie am Domplatz, Junkergasse 12, an der Markthalle. Fernruf 3770. 16606